

kaarst*

* Beteiligungsbericht für
das Geschäftsjahr
2013



Stand: 17.11.2014

Herausgeber:

Stadt Kaarst
Bereich Finanzen
Kämmerei
Am Neumarkt 2

41564 Kaarst

Telefon: (0 21 31) 987-404
Telefax: (0 21 31) 9877-404
e-Mail: olaf.kretzschmar@kaarst.de

Titelgrafik: © Stauke - Fotolia.com

Der Beteiligungsbericht ist als Beitrag zu einer größeren Transparenz kommunaler Beteiligungen an privatrechtlichen sowie öffentlich-rechtlichen Unternehmen und Einrichtungen anzusehen. Die Informationen erlauben eine bessere Einschätzung und differenziertere Beurteilung der gesamten wirtschaftlichen Lage der Stadt Kaarst sowie seiner Chancen und Risiken, bezogen auf die Sicherung der stetigen Aufgabenerfüllung. Darüber hinaus ist auch für die Öffentlichkeit von Interesse, in welcher Form und in welchem Umfang die Stadt sich außerhalb ihrer Kernverwaltung in ausgliederten Organisationseinheiten privatrechtlich und öffentlich-rechtlich betätigt.

Mit dem Beteiligungsbericht 2013 kommt die Stadt Kaarst ihrer Verpflichtung aus § 117 Gemeindeordnung NRW (GO NRW) zur Berichterstattung über seine wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung nach. Gemäß § 52 Gemeindehausverordnung NRW (GemHVO NRW) sind im Beteiligungsbericht gesondert anzugeben und zu erläutern:

1. die Ziele der Beteiligung,
2. die Erfüllung des öffentlichen Zwecks,
3. die Beteiligungsverhältnisse,
4. die Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen der letzten drei Abschlussstichtage,
5. die Leistungen der Beteiligungen, bei wesentlichen Beteiligungen mit Hilfe von Kennzahlen,
6. die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde,
7. die Zusammensetzung der Organe der Beteiligungen,
8. der Personalbestand jeder Beteiligung.

Die Bilanzen und die Gewinn- und Verlustrechnungen sind in einer Zahlenreihe abzubilden, die das abgelaufene Geschäftsjahr, das Vorjahr und das Vorvorjahr umfasst. Bei ihrer Darstellung können bestimmte Vereinfachungen nach Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) in Anspruch genommen werden. Anhand einer Gesamtübersicht sind alle Beteiligungen in privatrechtlicher und öffentlich-rechtlicher Form aufzuzeigen. Sofern die vorstehenden Datengrundlagen nicht vorliegen, sind andere geeignete Unterlagen als Basis für eine entsprechende Beteiligungsdarstellung zu nutzen.

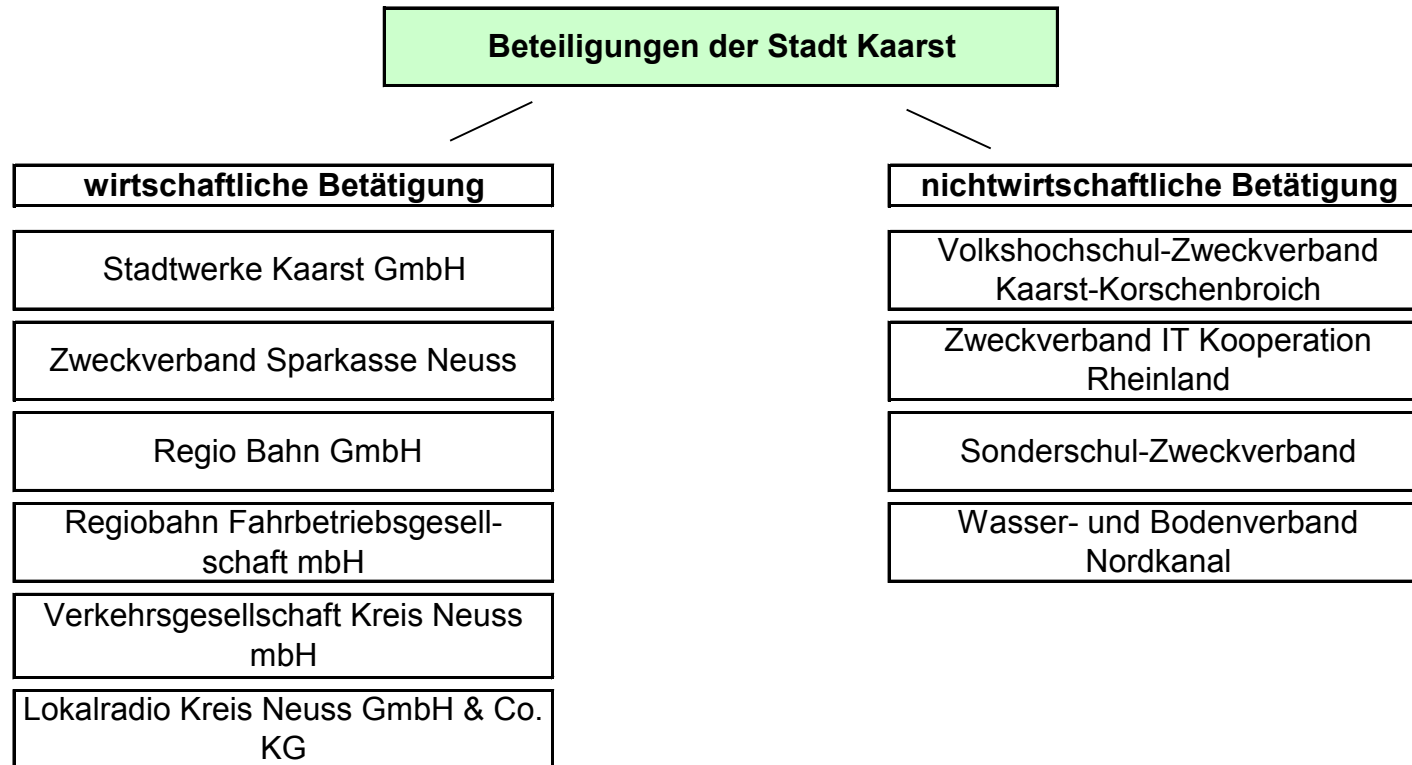
Der vorliegende Beteiligungsbericht 2013 beinhaltet grundlegende Informationen zu den privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Beteiligungen der Stadt Kaarst auf Basis der geprüften Jahresabschlüsse der Gesellschaften zum 31.12.2013. In einzelnen Fällen mussten die Vorjahresdaten als Grundlage genommen werden, da aktuelle Zahlen nicht vorlagen. Hinsichtlich der nachfolgenden Erläuterungen zu den einzelnen Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen wurde überwiegend auf Passagen aus den dortigen Prüfberichten zurückgegriffen.

Aufgrund unterschiedlicher Bewertungsmethoden und rechtlichen Grundlagen zur Bewertung einer Beteiligung, wurden die in der Bilanz der Stadt Kaarst zum 31.12.2013 aufgeführten Beteiligungswerte als Fußnoten dargestellt.

INHALT

ÜBERBLICK ÜBER DIE BETEILIGUNGEN	5
STADTWERKE KAARST GMBH	6
SPARKASSE NEUSS – ZWECKVERBANDSSPARKASSE DES RHEIN-KREISES NEUSS, DER STADT NEUSS, DER STADT KORSCHENBROICH UND DER STADT KAARST	18
REGIONALE BAHNGESELLSCHAFT KAARST – NEUSS – DÜSSELDORF – ERKRATH – METTMANN – WUPPERTAL MBH (REGIO-BAHN)	33
REGIOBAHN FAHRBETRIEBSGESELLSCHAFT MBH.....	42
VERKEHRSGESELLSCHAFT KREIS NEUSS MBH.....	47
LOKALRADIO KREIS NEUSS GMBH & Co. KG	51
VOLKSHOCHSCHUL-ZWECKVERBAND KAARST-KORSCHENBROICH	60
ZWECKVERBAND IT-KOOPERATION RHEINLAND	69
SCHULVERBAND KAARST-KORSCHENBROICH FÜR DIE MARTINUSSCHULE, FÖRDERSCHULE MIT DEM FÖRDERSCHWERPUNKT LERNEN	84
WASSER- UND BODENVERBAND NORDKANAL	92

Überblick über die Beteiligungen



Stadtwerke Kaarst GmbH

Basisdaten

Anschrift	Am Neumarkt 2 41564 Kaarst
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gründungsjahr	2000
Gesellschaftsvertrag	in der Fassung vom 05. Juli 2011
Handelsregister	HRB 10658 (Neuss)

Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Gesellschaft ist die Versorgung mit Energie einschließlich Kraft-Wärme-Kopplung und Nahwärmeversorgung und damit zusammenhängende Dienstleistungen.

Öffentliche Zwecksetzung

Das Kerngeschäft der Stadtwerke Kaarst GmbH ist die Versorgung von Endkunden im Stadtgebiet Kaarst mit Energie. Darüber hinaus stehen die Stadtwerke im Eigentum der Gasversorgungsanlage im Stadtgebiet Kaarst. Die Stadtwerke Kaarst GmbH hat die ihr von der Stadt Kaarst im Rahmen der Daseinsvorsorge übertragene öffentliche Zwecksetzung im Berichtszeitraum nachhaltig erfüllt. Durch die wirtschaftliche und strategische Ausrichtung des Unternehmens ist die Versorgungssicherheit langfristig gewährleistet und die wirtschaftliche Energieversorgung sichergestellt.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital¹ beträgt 2,6 Mio. EUR und wird von folgenden Gesellschaftern gehalten:

Gesellschafter	Anteile (Euro)	Anteile (%)
Stadt Kaarst	1.300.000,00 €	50,00
Gelsenwasser AG	1.300.000,00 €	50,00

Beteiligungen der Gesellschaft

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

¹ Der bilanzierte Wert zum 31.12.2013 beläuft sich auf 7.555.550 Euro und wurde nach dem Ertragswertverfahren ermittelt.

Organe der Gesellschaft

- Gesellschafterversammlung
- Aufsichtsrat
- Geschäftsführung

Gesellschafterversammlung

Vertreter der Stadt Kaarst im Berichtsjahr in der Gesellschafterversammlung ist Herr Günter Kopp; stellvertretendes Mitglied ist Herr Ingo Kotzian.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht gemäß § 9 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages aus sechs Mitgliedern, von denen drei von der Stadt Kaarst bestellt werden. Drei weitere Mitglieder werden von der GELSENWASSER AG entsendet.

Vertreter im Aufsichtsrat für die Stadt Kaarst waren im Berichtsjahr Herr Bürgermeister Franz-Josef Moormann, Herr Lars Christoph und Frau Claudia Köppe.

Geschäftsführung

Markus Barczik
Heinz-Dieter Vogt

Nach § 6 des Gesellschaftsvertrages wird die Gesellschaft durch die Geschäftsführer gemeinsam oder von einem Geschäftsführer gemeinsam mit einem Prokuristen vertreten. Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung kann einem Geschäftsführer oder beiden das Recht zur Alleinvertretung eingeräumt werden.

Personalbestand

Die Stadtwerke Kaarst GmbH beschäftigte im Jahresdurchschnitt drei Mitarbeiter, jeweils auf der Basis eines sogenannten geringfügigen Beschäftigungsverhältnisses. Im Rahmen eines Ende 2011 eröffneten Kundenbüros wurden zusätzlich zwei Mitarbeiter eingestellt. Die Geschäftsführer üben ihre Tätigkeit zwar nebenberuflich aus, sind aber dennoch im Personalbestand des Berichtsjahres darzustellen.

2010	2011	2012	2013
3	5	5	3

Finanzwirtschaftliche Bedeutung für den kommunalen Haushalt

1. Konzessionsabgaben

Mit der Stadt Kaarst besteht ein Gas-Konzessionsvertrag über die Versorgung der Stadt und ihrer Einwohner mit Gas zu allen Zwecken. Der Vertrag trat zum 01.01.2001 in Kraft und wurde mit einer Laufzeit von 20 Jahren abgeschlossen.

Im Berichtsjahr sind Erträge aus Konzessionsabgaben in Höhe von insgesamt 89.602,06 Euro erwirtschaftet worden. Bezugnehmend auf die Konzessionsabgaben schließen die Stadtwerke Kaarst GmbH im Berichtsjahr mit diesem Wert ab.

2. Nutzung von Einrichtungen

Mit Wirkung vom 01.01.2001 haben die Stadtwerke Kaarst GmbH und die Stadt Kaarst einen Vertrag über die Nutzung von Einrichtungen (z.B. Personal, Räume sowie sachliche Betriebsmittel) abgeschlossen. Der Vertrag läuft bis zum 31.12.2020 und wurde zuletzt mit Wirkung vom 01.01.2009 geändert.

Die Erträge, die sich hieraus für die Stadt ergeben, belaufen sich im Berichtsjahr auf 113.604,90 Euro.

3. Gewinnausschüttung

Die Geschäftsführung hat mit Datum vom 27.03.2013 vorgeschlagen, von dem Jahresüberschuss in Höhe von 1.020.000 EUR und dem Gewinnvortrag in Höhe von 356.800 EUR einen Betrag in Höhe von 1.020.000 EUR an die Gesellschafter auszuschütten und den verbleibenden Betrag in Höhe von 356.800 EUR auf neue Rechnung vorzutragen.

Somit ergibt sich für die Stadt Kaarst ein Ertrag aus Gewinnbeteiligungen verbundener Unternehmen in Bezug auf die Stadtwerke Kaarst GmbH in Höhe von 510 Tsd. EUR. Die Gewinnbeteiligung ist im Hinblick auf die Kapitalertragssteuer zu versteuern, so dass die Gewinnbeteiligung im Berichtsjahr eine Nettoentlastung in Höhe von 429 Tsd. EUR für den städtischen Haushalt darstellte.

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2013

Bilanz

AKTIVA	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011
	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen	5.323.624,42	5.037.689,10	4.838.185,16
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.400,00	3.500,00	5.600,00
II. Sachanlagen	5.318.634,49	5.028.246,49	4.807.760,28
1. Grundstücke	7.331,49	7.331,49	7.331,49
2. Rohrnetz	4.980.060,00	4.707.037,00	4.675.064,00
3. Maschinen und techn. Anlagen	270.688,00	246.643,00	53.824,00
4. Betriebs- und Geschäftsausstattung	60.555,00	67.235,00	63.356,00
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	0,00	8.184,79
III. Finanzanlagen	3.589,93	5.942,61	24.824,88
Sonstige Ausleihungen	3.589,93	5.942,61	24.824,88
B. Umlaufvermögen	2.489.678,25	3.332.424,89	3.297.756,87
I. Forderungen und sonstige	2.472.734,67	3.305.505,18	3.220.070,46
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.589.601,78	2.287.491,64	1.675.912,53
2. Forderungen gegen Gesellschafter	95.979,66	602.057,17	780.373,15
3. Sonstige Vermögensgegenstände	787.153,23	415.956,37	763.784,78
II. Guthaben bei Kreditinstituten	16.943,58	26.919,71	77.686,41
Bilanzsumme AKTIVA	7.813.302,67	8.370.113,99	8.135.942,03
PASSIVA	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011
	EUR	EUR	EUR
A. Eigenkapital	3.976.800,00	4.156.800,00	4.086.800,00
I. Gezeichnetes Kapital	2.600.000,00	2.600.000,00	2.600.000,00
II. Gewinnvortrag	356.800,00	286.800,00	0,00
III. Jahresüberschuss	1.020.000,00	1.270.000,00	1.486.800,00
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	0,00	0,00	0,00
C. Bau- und Ertragszuschüsse	721.236,00	843.655,00	976.623,00
D. Rückstellungen	1.392.023,39	2.939.791,70	2.596.072,96
1. Steuerrückstellungen	50.000,00	260.855,15	150.000,00
2. Sonstige Rückstellungen	1.342.023,39	2.678.936,55	2.446.072,96
E. Verbindlichkeiten	1.318.178,28	51.250,29	118.342,07
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00	0,00	0,00
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	437.644,00	44.270,89	23.783,22
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	691.717,28	0,00	0,00
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00	0,00
5. Sonstige Verbindlichkeiten	188.817,00	6.979,40	94.558,85
F. Rechnungsabgrenzungsposten	405.065,00	378.617,00	358.104,00
Bilanzsumme PASSIVA	7.813.302,67	8.370.113,99	8.135.942,03

Erläuterungen zur Bilanz

Aktiva:

1. Anlagevermögen

Die Stadtwerke Kaarst GmbH versorgt über ein rund 149 km langes Rohrnetz rund 5.200 Kunden mit Erdgas. Im Geschäftsjahr 2013 stieg die Anzahl der Netzanschlüsse durch eine Erweiterung des Gasversorgungsnetzes sowie im Anschluss neuer Gasnetzanschlüsse. Im Zuge der Rohrnetzerweiterung wurden rund 1,4 km Leitungen neu verlegt.

2. Finanzanlagen

Die Ausleihungen betreffen an Gaskunden gewährte Finanzierungsdarlehen zur Umstellung oder Erneuerung der Heizungsanlage.

3. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

In den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind enthaltene Abschlagszahlungen auf den angegrenzten noch nicht abgelesenen Energieverbrauch der Kunden verrechnet.

Der abgegrenzte noch nicht abgelesene Verbrauch vom Ablesestichtag bis 31. Dezember 2013 beträgt 4.460 Tsd. EUR und ist unter den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ausgewiesen.

4. Guthaben bei Kreditinstituten

Die Guthaben wurden von den jeweiligen Kreditinstituten per Saldenbestätigung zum 31.12.2013 nachgewiesen.

Passiva:

1. Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital (Stammkapital) in Höhe von 2.600.000 € ist voll eingezahlt und wird je zur Hälfte von der Stadt Kaarst und von der Gelsenwasser AG Gelsenkirchen, gehalten. Die Geschäftsführung hat beschlossen, von dem Jahresüberschuss in Höhe von 1.020.000 EUR und dem Gewinnvortrag in Höhe von 356.800 EUR einen Betrag in Höhe von 1.020.000 EUR an die Gesellschafter auszuschütten und den verbleibenden Betrag in Höhe von 356.800 EUR auf neue Rechnung vorzutragen.

2. Bau- und Ertragszuschüsse

Der Position „Bau- und Ertragszuschüsse“ wurden die den Abnehmern berechneten Baukostenzuschüsse und die Erstattungen der Hausanschlusskosten zugeführt. Diejenigen Zuschüsse, die bis zum 31.12.2002 berechnet wurden, werden jährlich zu 1/20 der Ursprungsbeträge zugunsten der Umsatzerlöse aufgelöst. Die im Geschäftsjahr 2003 erhaltenen Bau- und Ertragszuschüsse wurden von den Anschaffungs- und Herstellungskosten der bezuschussten

Verteilungsanlagen abgezogen. Die in den Geschäftsjahren 2004 bis 2007 vereinnahmten Bau- und Ertragszuschüsse wurden passiviert und werden entsprechend dem Abschreibungsverlauf der bezuschussten Anlagen aufgelöst. Bezüglich der Bau- und Ertragszuschüsse ab dem Geschäftsjahr 2008 wird auf die Ausführungen zum passiven Rechnungsabgrenzungsposten verwiesen.

3. Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen Aufwendungen für noch nicht abgerechnete Lieferungen und Leistungen und alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen im Zusammenhang mit Gaslieferungen.

4. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 437 Tsd. EUR sind durch Saldenliste zum 31.12.2013 nachgewiesen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern betragen 692 Tsd. EUR.

Die ausgewiesenen sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von 189 Tsd. EUR bestehen vollständig aus Steuern.

5. Rechnungsabgrenzungsposten

Im Zusammenhang mit der seit dem Jahr 2007 erfolgten Verpachtung des Gasnetzes an die GELSENWASSER Energienetz GmbH (GWN) werden die Bau- und Ertragszuschüsse der GWN in Rechnung gestellt, die diese wiederum an die Endkunden weiterberechnet.

Ab dem Jahr 2008 erfolgt die Erfassung der in Rechnung gestellten Bau- und Ertragszuschüsse als passivischer Rechnungsabgrenzungsposten, da diese aus Sicht der Berichtsgesellschaft Vorauszahlungen für zukünftige Pachtentgelte seitens der GWN darstellen, die über einen Zeitraum von 20 Jahren ergebniswirksam aufgelöst werden.

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	2013	2012	2011
	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse (inkl. Erdgassteuer)	13.302.288,90	12.253.493,20	10.667.495,82
Erdgassteuer	-1.224.219,16	-1.130.644,04	-1.013.630,45
Umsatzerlöse	12.078.069,74	11.122.849,16	9.653.865,37
2. Sonstige betriebliche Erträge	1.703.614,68	1.989.855,38	2.275.516,41
3. Materialaufwand	-10.893.553,37	-9.629.680,38	-8.426.713,74
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-6.828.061,70	-6.515.816,08	-5.404.743,69
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-4.065.491,67	-3.113.864,30	-3.021.970,05
4. Personalaufwand	-31.944,94	-30.236,34	-19.454,88
a) Löhne und Gehälter	-26.785,31	-25.425,69	-17.200,00
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-5.159,63	-4.810,65	-2.254,88
5. Abschreibungen auf Anlagevermögen	-586.158,98	-578.347,42	-541.449,80
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-821.883,51	-1.001.352,65	-776.835,37
a) Konzessionsabgaben	-89.602,06	-154.555,02	-174.201,03
b) Übrige betriebliche Aufwendungen	-732.281,45	-846.797,63	-602.634,34
7. Erträge aus Ausleihungen des	205,87	486,77	1.531,62
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4.844,09	5.198,12	5.848,66
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2.705,59	-3.113,05	-1.972,78
Ergebnis der gewöhnlichen			
10. Geschäftstätigkeit	1.450.487,99	1.875.659,59	2.170.335,49
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-430.394,27	-605.570,13	-681.670,14
12. Sonstige Steuern	-93,72	-89,46	-1.865,35
13. Jahresergebnis	1.020.000,00	1.270.000,00	1.486.800,00

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Energie- und Stromsteuer entstehen bei Lieferung von Erdgas an den Endverbraucher. Sie werden offen von den Umsatzerlösen abgesetzt.

Von den sonstigen betrieblichen Erträgen entfallen 1.499 Tsd. EUR (Vorjahr 1.788 Tsd. EUR) auf Erträge aus der Verpachtung des Gasversorgungsnetzes an die GELSENWASSER Energienetze GmbH. Der Posten enthält periodenfremde Erträge von 1 Tsd. EUR (Vorjahr: 20 Tsd. EUR).

Die Stadtwerke Kaarst GmbH beschäftigt im Jahresdurchschnitt drei Mitarbeiter, jeweils auf der Basis eines sogenannten geringfügigen Beschäftigungsverhältnisses. Der ausgewiesene Personalaufwand enthält die Gehälter dieser Mitarbeiter sowie der Geschäftsführung einschließlich darauf entfallender Sozialabgaben.

Lage der Gesellschaft und Ausblick

Unternehmensaktivitäten

Rahmenbedingungen

Das Kerngeschäft der Stadtwerke Kaarst GmbH (SWK) ist die Versorgung der Stadt Kaarst mit Erdgas auf der Basis des mit der Stadt Kaarst abgeschlossenen langfristi-

gen Konzessionsvertrags. Im Geschäftsjahr 2012 wurde zudem der Vertrieb von Ökostrom aufgenommen.

Mit Wirkung zum 01. Januar 2013 hat SWK erstmalig einen Stromkonzessionsvertrag mit der Stadt Kaarst abgeschlossen. Der Vertrag hat eine Laufzeit von 20 Jahren und endet am 31. Dezember 2032. Die Verhandlungen zur Netzübernahme vom Alt-konzessionär sind weit fortgeschritten, jedoch nicht abgeschlossen. Es ist geplant, das Stromnetz rückwirkend zum 01. Januar 2014 zu erwerben und dieses ebenfalls rückwirkend zum 01. Januar an die GELSENWASSER Energienetze GmbH (GWN) zu verpachten.

Verpachtung des Gasnetzes

Die Stadtwerke Kaarst GmbH hat mit Wirkung zum 01.01.2007 ihr Gasversorgungsnetz an die GELSENWASSER Energienetze GmbH verpachtet und damit die Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes umgesetzt.

Betriebsführung durch die Gesellschafter

Die Stadtwerke Kaarst GmbH verfügt – mit Ausnahme von drei geringfügig Beschäftigten – über kein eigenes Personal. Der technische Betrieb der Gasversorgungsanlagen obliegt seit dem 01.01.2007 der GELSENWASSER Energienetze GmbH als Pächterin der Anlagen. Die Gesellschafter GELSENWASSER AG, Gelsenkirchen, und die Stadt Kaarst führen den kaufmännischen Betrieb auf Basis langfristiger geschlossener Betriebsführungs- und Dienstleistungsverträge durch.

Erdgas- und Wärmeversorgung

Die Stadtwerke Kaarst GmbH versorgt über ein 149 km langes Rohrnetz und 5.951 Netzanschlüsse über 5.200 Kunden mit Erdgas und Wärme. Im Geschäftsjahr 2013 stieg die Anzahl der Netzanschlüsse um 155. Im Zuge der Rohrnetzerweiterung wurden rund 1,4 km Leitungen neu verlegt.

Im Berichtsjahr blieb die Konkurrenzsituation nach dem Markteintritt von Wettbewerbern, die mit preisaggressiven Angeboten werben, weiterhin sehr stark. Durch attraktive Preise und Produkte konnte der Kundenrückgang jedoch gestoppt werden. Erstmals seit der Liberalisierung des Erdgasmarktes 2007 konnte SWK einen Nettokundenzugang verzeichnen. Insgesamt wurden zum Ende des Berichtsjahres rund 1 % mehr Kunden als zum Ende des Geschäftsjahres 2012 von SWK versorgt.

Der Erdgasverkauf der Stadtwerke Kaarst GmbH stieg im Berichtsjahr im Wesentlichen witterungsbedingt um 4,6 Mio. kWh auf 205,0 Mio. kWh.

Strombetrieb

Zu Beginn des Geschäftsjahres 2012 hat SWK den Vertrieb von Strom aufgenommen. Angeboten wird ausschließlich Ökostrom, der zu 100 % aus Wasserkraft produziert wird. Damit versorgt SWK die Haushalte im Stadtgebiet voll umfassend mit Energie, d.h. mit Gas, Wärme und Strom. Wie im Vorjahr haben sich auch im Berichtsjahr mehrere hundert Kunden für dieses Ökostromprodukt entschieden. Zum Ende des Berichtsjahres wurden rund 1.000 Haushaltskunden mit Ökostrom versorgt. Der im Berichtsjahr an die Haushalte gelieferte Ökostrom belief sich auf 3,2 Mio. kWh, nach 1,6 Mio. kWh im Vorjahr.

Im Rahmen einer Ausschreibung der Stromlieferungen an die Abnahmestellen der Stadt Kaarst hat SWK den Zuschlag für die Belieferung der Tarif-Abnahmestellen

und der Straßenbeleuchtungs-Abnahmestellen bekommen. Damit liefert SWK rund 2,8 Mio. kWh Ökostrom jährlich an die Stadt Kaarst. Der Vertrag hat eine Laufzeit vom 01. Juli 2012 bis zum 31. Dezember 2015.

Weitere Aktivitäten

SWK betreibt zudem eine Erdgastankstelle sowie seit dem Berichtsjahr auch Tanksäulen für Elektroautos und Elektrofahrräder. Auf den Dächern der Stadtparkhalle sowie der Betriebsstelle der GWN hat SWK darüber hinaus Solaranlagen zur Erzeugung von Ökostrom errichtet.

Bericht gemäß § 6b Abs. 7 Satz 4 EnWG

Die Stadtwerke Kaarst GmbH führt die Tätigkeit Gasverteilung im Sinne des § 6b Abs. 3 Ziffer 4 EnVG aus. Auf der Grundlage der Anforderungen des § 6 Abs. 3 EnWG führt die Stadtwerke Kaarst GmbH getrennte Konten für die Tätigkeit Gasverteilung und erstellt in ihrer Rechnungslegung für die Tätigkeit Gasverteilung eine Bilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung (Tätigkeitsabschluss).

Die im Energiewirtschaftsgesetz beschriebenen Entflechtungsvorschriften bedeuteten für die Stadtwerke Kaarst GmbH die Pflicht zum sogenannten Legal-Unbundling und damit die rechtliche Verselbständigung des Gasnetzbetriebes. Zur Umsetzung dieser Vorschrift wurde seitens der GELSENWASSER AG die GELSENWASSER Energienetze GmbH (GWN) gegründet. Die Gesellschaft übernahm mit Beginn des Jahres 2007 die Funktion des Netzbetreibers für die Stadtwerke Kaarst GmbH.

Förderprogramm

Schwerpunkt des Förderprogramms „Fair + Mehr“ ist der sparsame Umgang mit Energie. So bezuschusst die Stadtwerke Kaarst GmbH den Einbau von Erdgas-Mini-Blockheizkraftwerken und effizienter Gasbrennwertgeräte sowie die Anschaffung erdgasbetriebener Haushaltsgeräte. Hinzu kommt die Vermittlung einer kostengünstigen Gebäude-Thermografie. Die Anschaffung von Elektrofahrzeugen und E-Bikes wird ebenso gefördert.

Um den sparsamen Umgang ihrer Kunden mit Energie weiterhin zu unterstützen, wird die Stadtwerke Kaarst GmbH auch 2014 das Förderprogramm fortsetzen.

Veränderungen im Energiemarkt

Der Markt für Strom und Gas hat sich entwickelt und für Wettbewerber weiter geöffnet. Die Wettbewerber bieten verschiedene Tarife im Versorgungsgebiet der SWK an. Die Zusammenlegung von Marktgebieten beschleunigt diese Entwicklung. Zunehmend treten neue Anbieter mit einer aggressiven Preispolitik in den Markt. Vermehrte Kundenwechsel im Erdgas- und Strombereich sind die Folge.

Hinzu kommen auch weitere wichtige Veränderungen wie Klimaschutzpolitik, demografischer Wandel und zunehmende Maßnahmen zur Effizienzsteigerung. Dies führt zu Verbrauchsrückgängen bei den Kunden. Aktuelle Studien prognostizieren bis 2020 einen Verbrauchsrückgang bei Erdgas um rund 15 %.

Im Zuge der Liberalisierung der Energiemärkte ist der Kunde anspruchsvoller, preisbewusster und ökologisch interessierter geworden. Hierdurch wird die Kundenbe-

treuung und –bindung ebenfalls anspruchsvoller, technisch vielfältiger und zeitintensiver.

Um diesen Veränderungen zu begegnen und die Chancen des liberalisierten Marktes zu nutzen, wurden in 2011 verschiedene Weichen gestellt. Die Kundenbetreuung wurde ausgebaut und hierfür ein Kundenbüro im Stadtgebiet Kaarst eröffnet. Hinzu kam der Einstieg in den Stromvertrieb. So wurden im Berichtsjahr weitere Ökostromkunden gewonnen und der Rückgang bei den Gaskunden konnte gestoppt werden.

Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögenslage

Im Geschäftsjahr 2013 betragen die Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände 874 Tsd. EUR (Vorjahr: 797 Tsd. EUR). Der Schwerpunkt der Investitionen lag in der Erweiterung des Gasversorgungsnetzes sowie in der Herstellung neuer Gasnetzanschlüsse. Gemessen an der Anlagenintensität sind 68,1 % (Vorjahr: 60,3 %) des gesamten Vermögens langfristig gebunden.

Finanzlage

Neben den eigenen finanziellen Mitteln sichert die Einbindung der Stadtwerke Kaarst GmbH in das Cash-Pooling des GELSENWASSER-Konzerns die Liquidität des Unternehmens. Zum Bilanzstichtag bestanden hieraus Verbindlichkeiten von 550 Tsd. EUR (Vorjahr: Forderungen von 935 Tsd. EUR). Hinzu kamen Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 17 Tsd. EUR (Vorjahr: 27 Tsd. EUR).

Das langfristig gebundene Vermögen ist zum 31. Dezember 2013 zu 95,9 % (Vorjahr: 100 %) durch Eigenkapital und eigenkapitalähnliche Mittel finanziert.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse (inkl. Erdgas- und Stromsteuer) des Geschäftsjahres 2013 belaufen sich auf insgesamt 13.302 Tsd. EUR (Vorjahr: 12.253 Tsd. EUR). Davon entfallen 11.810 Tsd. EUR (Vorjahr: 11.565 Tsd. EUR) auf den Verkauf von Erdgas einschließlich Wärme und 1.343 Tsd. EUR (Vorjahr: 529 Tsd. EUR) auf den Stromverkauf. Korrespondierend zur Erlösentwicklung sind auch die Materialaufwendungen, im Wesentlichen bestehend aus Aufwendungen für den Bezug und die Durchleitung von Erdgas und Strom, gestiegen. Insbesondere aufgrund erhöhter Netzentgelte für die Durchleitung von Erdgas hat sich der Saldo aus Umsatzerlösen und Materialaufwendungen um 308 Tsd. EUR verringert.

Gesunkene sonstige betriebliche Erträge sowie rückläufige sonstige betriebliche Aufwendungen führten zu einem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 1.450 Tsd. EUR, welches um 425 Tsd. EUR unter dem Vorjahreswert liegt. Der nach Abzug des Steueraufwands verbleibende Jahresüberschuss beläuft sich auf 1.020 Tsd. EUR, nach 1.270 Tsd. EUR im Vorjahr. Der für das Berichtsjahr geplante Jahresüberschuss von 992 Tsd. EUR wird damit leicht übertroffen.

Risikobericht und Prognose

Risikomanagement

Neben den organisatorischen Sicherungsmaßnahmen und –instrumenten, den internen Kontrollmechanismen und Prüfungen sowie dem Controlling ist beim Betriebsführer GELSENWASSER AG ein Risikomanagementsystem installiert. Die Basis bildet ein systematischer, den gesamten GELSENWASSER-Konzern umfassender Risikomanagementprozess. Ungünstige Entwicklungen werden so frühzeitig erkannt, dass gegensteuernde Maßnahmen rechtzeitig ergriffen werden können. Durch die Einbindung der Stadtwerke Kaarst GmbH in den Risikomanagementprozess der GELSENWASSER AG wird gleichzeitig auch die Angemessenheit und Effektivität des Risikomanagementsystems der Stadtwerke Kaarst GmbH durch die interne Revision der GELSENWASSER AG überwacht. Zudem ist das Risikofrüherkennungssystem Gegenstand der Prüfung durch den Abschlussprüfer.

Schwerpunkt der Risikobetrachtungen bleiben die Marktrisiken. Als Folge der Liberalisierung des Gasmarktes und des freien Anbieterwechsels auf dem Gasmarkt sieht sich die Stadtwerke Kaarst GmbH einem verstärkten Wettbewerb ausgesetzt, der zu einem erhöhten Preisdruck geführt, bzw. Absatzrisiken mit sich gebracht hat. SWK stellt sich den Auswirkungen der steigenden Wettbewerbsintensität durch strukturelle Weiterentwicklung ihrer kundengruppenbezogenen Produkte und ihres Beschaffungssportfolios. Dabei spielt die Kundenkommunikation eine immer wichtigere Rolle.

Die Auswirkungen der Liberalisierung des Energiemarktes stellen die deutsche Gaswirtschaft vor immer neue Herausforderungen. Bei der Umsetzung der Vorgaben und der sich stetig weiterentwickelnden Anforderungen durch den Gesetzgeber und die Regulierungsbehörden ist ein Höchstmaß an Aufmerksamkeit und Flexibilität erforderlich. Um sich den wachsenden Herausforderungen der Energiemärkte zu stellen, hat SWK gemeinsam mit GELSENWASSER eine Beschaffungsplattform eingerichtet, um die Energieportfolien weiter zu optimieren. Für die sich hieraus ergebenden neuen Risiken wurden in Form einer Konzernrichtlinie verbindliche Vorgaben für das Managen der Risiken im Umfeld von Handel, Beschaffung und Vertrieb von Energie geregelt. Die Überwachung der Risiken wird vom Controlling wahrgenommen.

Aus heutiger Sicht sind keine bestandsgefährdenden Risiken und sonstige Risiken erkennbar, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten.

Ausblick

Hauptaufgabe für die Zukunft wird die Sicherung und der weitere Ausbau der Gasversorgung sein. Dabei stellt die Möglichkeit des freien Anbieterwechsels am Gasmarkt die größte Herausforderung dar. Die intensive Betreuung bestehender und die Akquisition neuer Kunden sowie attraktive Förderprogramme und ein wettbewerbsfähiges Preissystem sollen entscheidend zur Zielerreichung beitragen. Bezugsseitig soll die Wirtschaftlichkeit der Gasversorgung durch flexible Erdgasbezugsverträge mit kurzen Laufzeiten gesichert werden. Der Ausbau und die Gestaltung von Contractingmodellen mit ihren Kunden sollen die Effektivität und die Attraktivität des Brennstoffes Erdgas erhöhen und zur langfristigen Sicherung des Absatzes beitragen.

Der im Vorjahr neu aufgenommene Stromvertrieb soll in den kommenden Jahren weiter ausgebaut werden. Die Vertriebsaktivitäten werden weiter forciert. Neben Maßnahmen zum Ausbau der Kundenbindung wird die Akquisition neuer Kunden Kernaufgabe des Vertriebs sein.

Die Verhandlungen zur Übernahme des Stromnetzes vom Altkonzessionär sind weit fortgeschritten, jedoch noch nicht abgeschlossen. Es ist geplant, das Stromnetz rückwirkend zum 01. Januar 2014 zu erwerben. Der Kauf des Stromnetzes soll durch Einzahlungen der Gesellschafter in die Kapitalrücklage der SWK sowie durch Aufnahme von Fremdmitteln finanziert werden.

Ausbau, Sicherung und Erhalt der Versorgungsanlagen werden fortgesetzt. Der Investitionsplan sieht für das Jahr 2014 Investitionen in Höhe von 1,2 Mio. EUR in das Gas- und Stromnetz (ohne Berücksichtigung des Kaufpreises für das vom Altkonzessionär zu übernehmende Stromnetz) vor. Die Unternehmensplanung zeigt für 2014 ein zufriedenstellende Ergebnis von rund 1,1 Mio. EUR und damit eine weiterhin stabile wirtschaftliche Lage. Trotz des zunehmenden Drucks durch den geöffneten Energiemarkt sieht sich die Stadtwerke Kaarst GmbH mit ihrem Partner GELSENWASSER gut aufgestellt, um sich durch Kundennähe, hohes fachliches Know-how und marktgerechte Preisgestaltung auch weiterhin im Wettbewerb zu behaupten.

Sparkasse Neuss – Zweckverbandssparkasse des Rhein-Kreises Neuss, der Stadt Neuss, der Stadt Korschenbroich und der Stadt Kaarst

Basisdaten

Anschrift	Oberstraße 110 – 124 41460 Neuss
Rechtsform	Anstalt öffentlichen Rechts (AöR)
Gründungsjahr	1994
Satzung	in der Fassung vom 16. Juli 2002
Handelsregister	HRA 5375 (Neuss)

Gegenstand des Unternehmens

Die Sparkasse Neuss – Zweckverbandssparkasse des Rhein-Kreises Neuss, der Stadt Neuss, der Stadt Korschenbroich und der Stadt Kaarst - ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist regional verankert und ihre geschäftspolitische Grundausrichtung ist am Gemeinwohl orientiert, wobei sie sich insbesondere für die privaten Kunden vor Ort, den gewerblichen Mittelstand und die heimische Region einsetzt. Im Geschäftsverkehr führt die Sparkasse die Kurzbezeichnung „Sparkasse Neuss“. Ihre Zugehörigkeit zum Haftungsverbund der Sparkassen-Finanzgruppe gewährleistet, dass die Sparkasse alle Verbindlichkeiten jederzeit vollständig erfüllen kann und bietet somit auch nach der Änderung der bisherigen gesetzlichen Haftungsgrundlagen im Jahre 2005 ein Höchstmaß an Sicherheit für ihre Kunden. Zum 01.07.2012 ging die Girozentralenfunktion von der ehemaligen WestLB AG auf die Landesbank Hessen – Thüringen Girozentrale (Helaba) über.

Öffentliche Zwecksetzung

Das Betreiben aller banküblichen Geschäfte im Sinne des Sparkassengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen.

Beteiligungsverhältnisse

Träger der Sparkasse ist der Sparkassenzweckverband des Rhein-Kreises Neuss, der Stadt Neuss, der Stadt Korschenbroich und der Stadt Kaarst. An dem Sparkassenzweckverband sind die Mitglieder mit folgenden Quoten beteiligt:

- Rhein-Kreis Neuss 34,53 %
- Stadt Neuss 50,00 %

- Stadt Kaarst² 9,74 %
- Stadt Korschenbroich 5,73 %

Beteiligungen der Gesellschaft

Laut dem Geschäftsbericht 2013 wurde dort im Hinblick auf die untergeordnete Bedeutung der Beteiligungen und der verbundenen Unternehmen für die dortige Vermögens-, Finanz-, und Ertragslage seitens der Sparkasse auf Angaben gemäß § 285 Nr. 11 und Nr. 11a HGB verzichtet.

Organe der Gesellschaft

- Verwaltungsrat
- Kreditausschuss
- Vorstand

Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes

Nach § 5 Abs.1 der Satzung des Sparkassenzweckverbandes des Rhein-Kreises Neuss, der Stadt Neuss, der Stadt Korschenbroich und der Stadt Kaarst entsendet die Stadt Kaarst drei Mitglieder in die Verbandsversammlung. Mitglieder der Stadt Kaarst waren im Berichtszeitraum:

Herr Bürgermeister Franz-Josef Moormann, Herr Volker Schöneberg und Herr Dr. J. Heinrich Thywissen. Als stellvertretende Mitglieder wurden Herr Erster Beigeordneter Heinz-Dieter Vogt, Herr Theodor Thißen und Frau Anja Rüdiger bestellt.

Verwaltungsrat der Sparkasse Neuss

Der Verwaltungsrat besteht aus dem vorsitzenden Mitglied und 20 weiteren Mitgliedern. Er setzt sich zusammen aus fünf Mitgliedern, die vom Rhein-Kreis Neuss vorgeschlagen werden, sieben Mitgliedern, die von der Stadt Neuss vorgeschlagen werden, einem Mitglied, das von der Stadt Korschenbroich vorgeschlagen wird, einem Mitglied, das von der Stadt Kaarst vorgeschlagen wird, sowie sieben Dienstkräften.

Vertreter der Stadt Kaarst waren im Berichtszeitraum für den Verwaltungsrat Herr Christian Gaumitz, stellvertretendes Mitglied ist Herr Lars Christoph.

Vorstand der Sparkasse Neuss

Michael Schmuck, Vorstandsvorsitzender
Heinz Mölder, Vorstandsmitglied
Dr. Volker Gärtner, Vorstandsmitglied
Dietmar Mittelstädt, stv. Vorstandsmitglied

² Die Beteiligung am Sparkassenzweckverband darf wegen eines gesetzlichen Bilanzierungsverbotes nicht in der städtischen Bilanz zum 31.12.2013 bilanziert werden.

Personalbestand

Im Berichtsjahr waren durchschnittlich 1.271 Mitarbeiter beschäftigt.

Finanzwirtschaftliche Bedeutung für den kommunalen Haushalt

Gewinnanteile der Sparkasse wurden im Berichtsjahr in Höhe von 390 Tsd. EUR an die Stadt Kaarst ausgeschüttet. Die hiervon abzuführende Kapitalertragssteuer und Solidaritätszuschlag führten zu einer Nettoentlastung des Haushaltes in Höhe von 328 Tsd. EUR.

Bilanz

Aktivseite	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011
	EUR	EUR	EUR
Barreserve	148.902.983,65	110.207.463,13	163.473.817,88
Forderungen an Kreditinstitute	34.003.808,55	46.071.929,61	37.835.228,92
Forderungen an Kunden	4.989.714.613,90	4.910.623.788,48	4.802.694.919,89
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	711.881.991,96	743.675.570,87	817.278.982,69
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	98.035.977,81	100.000.000,00	100.346.830,00
Beteiligungen	84.358.856,79	90.797.716,62	96.980.099,85
Anteile verbundener Unternehmen	49.489,73	49.489,73	49.489,73
Treuhandvermögen	4.385.445,60	5.560.146,82	2.070.504,86
Immaterielle Anlagewerte	358.071,00	407.773,00	590.856,00
Sachanlagen	72.967.265,57	75.681.206,59	78.787.168,48
Sonstige Vermögensgegenstände	12.741.756,35	4.903.153,26	4.371.740,40
Rechnungsabgrenzungsposten	2.224.781,81	2.859.377,69	3.892.376,91
Aktive latente Steuern	0,00	0,00	0,00
Summe Aktiva	6.159.625.042,72	6.090.837.615,80	6.108.372.015,61

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2013

Passivseite	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011
	EUR	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.255.649.940,62	1.329.739.800,87	1.436.205.439,23
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.347.587.881,53	4.198.651.416,89	4.113.563.438,25
Verbriefte Verbindlichkeiten	3.179.811,92	3.283.267,31	8.908.958,81
Treuhandverbindlichkeiten	4.385.445,60	5.560.146,82	2.070.504,86
Sonstige Verbindlichkeiten	9.330.806,09	20.276.860,02	10.361.710,56
Rechnungsabgrenzungsposten	4.656.021,91	5.271.826,86	6.786.208,04
Passive latente Steuern	0,00	0,00	0,00
Rückstellungen	61.652.888,86	55.321.605,66	64.255.264,78
Sonderposten mit Rücklageanteil	0,00	0,00	0,00
Nachrangige Verbindlichkeiten	4.936.389,92	17.476.013,70	32.285.585,19
Genussrechtkapital	0,00	312.630,00	637.270,00
Fonds für allgemeine Bankrisiken	90.885.000,00	79.470.000,00	59.605.000,00
Eigenkapital	377.360.856,27	375.474.047,67	373.692.635,89
Summe Passiva	6.159.625.042,72	6.090.837.615,80	6.108.372.015,61

Erläuterungen zur Bilanz

Die zu Posten und Unterposten der Bilanz nach Restlaufzeit gegliederten Beträge beinhalten keine anteiligen Zinsen.

Aktiva:

1. Forderungen an Kreditinstitute

In diesem Posten sind enthalten:

- Forderungen an die eigene Girozentrale 21.127 Tsd. EUR
- Andere Forderungen mit Restlaufzeit mehr als drei Monate bis ein Jahr 10.000 Tsd. EUR
- Andere Forderungen mit Restlaufzeit mehr als ein Jahr bis fünf Jahre 9.000 Tsd. EUR
- Nachrangige Forderungen 9.321 Tsd. EUR

2. Forderungen an Kunden

In diesem Posten sind enthalten:

- Forderungen an verbundene Unternehmen 1.712 Tsd. EUR
- Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht 11.180 Tsd. EUR

3. Schuldverschreibungen und an festverzinsliche Wertpapiere

In diesem Posten sind enthalten:

- Beträge, die bis zum 31.12.2014 fällig werden	144.944 Tsd. EUR
- Börsennotierte Wertpapiere	691.796 Tsd. EUR
- Nicht börsennotierte Wertpapiere	20.086 Tsd. EUR

4. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

- Spezialfonds Novesia	98.000 Tsd. EUR
------------------------	-----------------

5. Beteiligungen

Im Hinblick auf die untergeordnete Bedeutung der Beteiligungen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage hat die Sparkasse gem. § 285 Nr. 11 und Nr. 11a HGB auf die Angaben verzichtet.

6. Anteile an verbundenen Unternehmen

Im Hinblick auf die untergeordnete Bedeutung der Tochterunternehmen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage hat die Sparkasse gem. § 285 Nr. 11 HGB auf die Angaben und nach § 296 Abs. 2 HGB auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses verzichtet.

7. Treuhandvermögen

Das ausgewiesene Treuhandvermögen stellt in voller Höhe Forderungen an Kunden dar.

8. Sachanlagen

Grundstücke und Bauten	51.257 Tsd. EUR
Betriebs- und Geschäftsausstattung	7.287 Tsd. EUR

9. Rechnungsabgrenzungsposten

Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungsbetrag und niedrigem Ausgabebetrag bei Verbindlichkeiten	1.516 Tsd. EUR
--	----------------

Passiva:

1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

In diesem Posten sind enthalten:

- Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale	67.336 Tsd. EUR
- Andere Verbindlichkeiten mit Restlaufzeit bis 3 Monate	34.989 Tsd. EUR
- Andere Verbindlichkeiten mit Restlaufzeit mehr als drei Monate bis ein Jahr	30.323 Tsd. EUR
- Andere Verbindlichkeiten mit Restlaufzeit mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	739.346 Tsd. EUR
- Andere Verbindlichkeiten mit Restlaufzeit mehr als 5 Jahre	388.123 Tsd. EUR

2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

In diesem Posten sind enthalten:

- Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	23 Tsd. EUR
- Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.089 Tsd. EUR

Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten mit folgenden Restlaufzeiten:

- bis drei Monate	52.968 Tsd. EUR
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	889.132 Tsd. EUR
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	10.550 Tsd. EUR
- mehr als fünf Jahre	767 Tsd. EUR

Andere Verbindlichkeiten mit folgenden Restlaufzeiten:

- bis drei Monate	47.061 Tsd. EUR
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	50.507 Tsd. EUR
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	103.009 Tsd. EUR
- mehr als fünf Jahre	102.039 Tsd. EUR

3. Verbriefte Verbindlichkeiten 3.126 Tsd. EUR

4. Treuhandverbindlichkeiten

Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich ausschließlich um Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

5. Rechnungsabgrenzungsposten

In diesem Posten ist der Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Forderungen in Höhe von 3.343 Tsd. EUR (im Vorjahr: 3.573 Tsd. EUR) enthalten.

6. Nachrangige Verbindlichkeiten

Die Bedingungen für diese von der Sparkasse eingegangenen nachrangigen Verbindlichkeiten entsprechen den Anforderungen des § 10 Abs. 5a Satz 1 KWG. Die Umwandlung dieser Mittel in Kapital oder eine andere Schuldform ist nicht vereinbart oder vorgesehen.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten haben eine Durchschnittsverzinsung von 4,30 % und ursprüngliche Laufzeiten von 6 bis 10 Jahren. Innerhalb des nächsten Geschäftsjahres werden 3.620 Tsd. EUR zur Rückzahlung fällig.

Für die in dieser Position ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind im Geschäftsjahr Aufwendungen in Höhe von 470 Tsd. EUR angefallen.

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung

	2013 Euro	2012 Euro	2011 Euro
Zinserträge	230.615.057,39	238.965.218,50	253.170.732,06
laufende Erträge	4.690.763,28	3.037.549,73	5.836.936,07
Provisionserträge	37.010.439,84	36.045.126,52	37.135.111,32
sonst. betriebliche Erträge	5.963.512,86	6.215.960,77	5.617.413,70
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklagenanteil	0,00	0,00	0,00
Nettoertrag aus Finanzgeschäften	0,00	0,00	0,00
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	5.970.885,93	2.549.787,99	5.695.106,86
Zinsaufwendungen	111.925.561,11	121.085.002,10	127.653.805,69
Provisionsaufwendungen	3.112.467,25	2.951.304,97	3.150.872,19
Nettoaufwand des Handelsbestand	0,00	0,00	0,00
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	102.272.918,40	100.020.909,64	97.605.172,24
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	6.738.621,22	7.300.710,59	7.606.040,31
sonst. betriebliche Aufwendungen	9.087.175,53	8.968.906,44	8.710.790,76
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und best. Wertpapiere sowie Zuführung zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	5.970.885,93	2.549.787,99	0,00
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	8.861.099,00	2.999.239,92	10.038.682,42
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	11.415.000,00	19.865.000,00	33.060.000,00
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	18.896.044,93	18.522.993,87	19.629.936,40
Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
Steueraufwand	13.009.236,33	12.741.582,08	13.866.963,98
Jahresüberschuss	5.886.808,60	5.781.411,79	5.762.972,42
Bilanzgewinn	5.886.808,60	5.781.411,79	5.762.972,42

Lage der Gesellschaft und Ausblick

Geschäftsentwicklung

Die an die Kunden vergebenen Kredite erreichten ebenso einen neuen Höchststand wie die der Sparkasse anvertrauten Einlagen. Unsichere Konjunkturaussichten angesichts der anhaltenden Staatsschuldenkrise in Europa und den USA sorgten auch im abgelaufenen Geschäftsjahr für schwierige Rahmenbedingungen. Trotz eines weiterhin niedrigen Zinsniveaus konnte der Rückgang des Zinsüberschusses gestoppt und ein stabiler Jahresüberschuss ausgewiesen werden. Insgesamt blickt die Sparkasse Neuss zufrieden auf das Jahr 2013 zurück und zieht ein positives Fazit: So ist es gelungen, die Planungen weitgehend umzusetzen, es wurden solide Ergebnisse erwirtschaftet und der öffentliche Auftrag wurde erfüllt.

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Durch die positive Entwicklung im Kundengeschäft stieg die Bilanzsumme im abgelaufenen Berichtsjahr von 6.090,8 Mio. EUR auf 6.159,6 Mio. EUR (+1,1 %). Das Geschäftsvolumen (Bilanzsumme zuzüglich Eventualverbindlichkeiten) stieg zum Jahresende auf 6.242,5 Mio. EUR (Vorjahr: 6.165,5 Mio. EUR).

Kundenkredite

Unverändert zählt die Sparkasse zu den kreditintensivsten Sparkassen im Rheinland. Hohe Neuvaluierungen im Darlehensgeschäft mit privaten aber auch gewerblichen Kunden führten zu einer weiteren Steigerung der Gesamtausleihungen im Kundengeschäft. Unter Berücksichtigung von Tilgungsrückflüssen in Höhe von 477,7 Mio. EUR stieg das Kundenkreditvolumen, bestehend aus Forderungen an Kunden, Treuhandkrediten, Wechseln und Eventualverbindlichkeiten um 86,1 Mio. EUR (+1,7 %) auf 5.076,9 Mio. EUR an. Die offenen Kreditzusagen lagen mit 193,3 Mio. EUR um 34,7 Mio. EUR unter dem Wert des Vorjahres.

Kundeneinlagen

Besonders gefragt waren vor dem Hintergrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus variable und liquide Anlageprodukte. Wesentlicher Grund für das gute Wachstum im Einlagengeschäft waren die sehr hohen Zuwächse bei den Geldmarktkonten im Privatkundengeschäft (+156,0 Mio. EUR). Rückläufig entwickelten sich Spareinlagen (-60,1 Mio. EUR), befristete Einlagen (-38,2 Mio. EUR) und Sparkassenbriefe (-35,6 Mio. EUR). Die Kundeneinlagen (ohne Refinanzierungsdarlehen) inklusive der Eigenemissionen der Sparkasse stiegen um 148,9 Mio. EUR (+3,5 %) auf 4.350,6 Mio. EUR.

Eigene Wertpapieranlagen

Zum Ausgleich der gestiegenen Kreditvergaben und auslaufenden Refinanzierungen wurde der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren leicht um 31,8 Mio. EUR auf 711,9 Mio. EUR zurückgefahren. Dabei handelt es sich um Wertpapiere der Liquiditätsreserve, die auch zur kurzfristigen Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zur Verfügung stehen. Der Bestand an anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren ist mit 98,0 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert.

Beteiligungen

Durch Anpassung bei den Wertansätzen verringerte sich der Buchwertansatz der Beteiligungen von 90,8 Mio. EUR auf 84,4 Mio. EUR.

Interbankengeschäft

Auf Grund des Wachstums der Kundeneinlagen wurden fällige Refinanzierungen nicht verlängert. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gingen somit auf 1.255,6 Mio. EUR (Vorjahr 1.329,7 Mio. EUR) zurück. Durch den Abbau kurzfristiger Festgeldanlagen verringerten sich auch die Forderungen an Kreditinstitute von 46,1 Mio. EUR im Vorjahr auf 34,0 Mio. EUR.

Rücklagen

Die Rücklagen haben sich mit Zuführung aus dem Bilanzgewinn des Vorjahres in Höhe von 1,8 Mio. EUR auf 371,5 Mio. EUR erhöht.

Ertragslage

Mit einem leicht über dem Vorjahr liegenden Bilanzgewinn von 5,9 Mio. EUR (Vorjahr 5,8 Mio. EUR) hat die Sparkasse erneut ein gutes Ergebnis erzielt. Die Erfolgskomponenten, die zu dem Bilanzgewinn führen, sind der Darstellung der Lage zu entnehmen.

Kundenwertpapiere

Das Umsatzvolumen stieg nach einem starken Rückgang in 2012 um 146,7 Mio. EUR auf 452,0 Mio. EUR an, dabei überwogen aber die Verkäufe. Während im Vorjahr sich Käufe und Verkäufe fast die Waage hielten (-2,2 Mio. EUR), ergab sich im Berichtsjahr ein negativer Saldo von -45,8 Mio. EUR. Verkauft wurden von den Kunden vornehmlich festverzinsliche Wertpapiere. Der Nettoabsatz in diesen Segmenten betrug -24,4 Mio. EUR (Vorjahr +4,3 Mio. EUR). Der Bestand an Investmentfonds verzeichnete einen Rückgang in Höhe von 10,8 Mio. EUR (Vorjahr -5,7 Mio. EUR)

bei Aktien ergab sich ein Rückgang in Höhe von 10,6 Mio. EUR (Vorjahr -0,7 Mio. EUR).

Verbundgeschäft

Erfreulich entwickelte sich vor allem das Volumen der neu vermittelten Bausparverträge der Landesbausparkasse (LBS). Es stieg von 102,6 Mio. EUR im Vorjahr auf 107,1 Mio. EUR. Weniger gefragt waren Lebensversicherungen unseres Verbundpartners Provinzial Rheinland Versicherungen. Hier lag das vermittelte Volumen mit 29,1 Mio. EUR unter dem Vorjahreswert (34,2 Mio. EUR). Zuwächse konnte die Sparkasse im abgelaufenen Geschäftsjahr in Zusammenarbeit mit der LBS auch im Immobiliengeschäft verzeichnen. Mit einem vermittelten Objektvolumen in Höhe von 36,0 Mio. EUR wurde das gute Ergebnis des Vorjahres (31,0 Mio. EUR) übertroffen. Insgesamt fanden 155 Objekte durch die Vermittlung der Sparkasse neue Eigentümer.

Rückwirkende Betrachtung der getroffenen Annahmen für 2013

Das Geschäftsergebnis entspricht weitgehend den für das Jahr 2013 getroffenen Annahmen zur voraussichtlichen Geschäftsentwicklung. Auf Grund des doch stärker als erwarteten Anstiegs der Kundeneinlagen ist auch die durchschnittliche Bilanzsumme geringfügig gestiegen (+0,4 %) und nicht wie erwartet geringfügig gesunken (-0,1 %). Der Zinsüberschuss entwickelte sich geringfügig besser als prognostiziert (Steigerung gemäß Prognose +1,4 % / Ergebnis 2013 +1,6 %). Deutlich positiver als geplant entwickelten sich die Sachkosten (Anstieg gemäß Prognose um +7,0 % / Ergebnis 2013 +0,7 %) und Personalkosten (Anstieg gemäß Prognose um +2,3 % / Ergebnis 2013 +0,2 %). Geringer als geplant fiel der Provisionsüberschuss aus (Anstieg gemäß Prognose um +5,0 % / Ergebnis 2013 +2,1 %). Deutlich positiver als geplant entwickelte sich das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft (Planung -14,7 Mio. EUR / Ergebnis 2013 -6,2 Mio. EUR). Durch die Abschreibung auf die Beteiligung an der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG lag das Bewertungsergebnis insgesamt aber nur leicht (-1,1 Mio. EUR) unter der Planung. Die Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken fiel erwartungsgemäß geringer aus, als im Vorjahr.

Risikolage

Die für die Sparkasse Neuss bedeutsamen Risiken liegen im Bereich der Adressen-, der Zinsänderungs- und Beteiligungsrisiken. Das Gesamtbankrisiko, das sich aus der Zusammenführung aller potenziellen Risiken ergibt, ist durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial abgeschirmt. Zudem wird nur ein Teil der ermittelten Risikodeckungsmasse für die Ableitung des Risikolimits eingesetzt und ein weiterer Teil als zusätzlicher Risikopuffer vorgehalten. Das periodenorientierte Risiko hat sich im Laufe des Berichtjahres auf Grund des abnehmenden Risikozeithorizontes zum Jahres-

ende sukzessive verringert und ist in keiner Risikokategorie überschritten worden. Die Risiken aus Beteiligungen sind auf Basis des pauschalen Ansatzes und einem gleichbleibenden Buchwert unverändert geblieben. Das vermögensorientierte Risiko war im Berichtsjahr sehr stabil, wobei alle Risikoarten im Jahresverlauf geringen Schwankungen unterlagen. Das Zinsänderungsrisiko im Zinsbuch inklusive Spezialfonds zeigte sich im Jahresverlauf leicht rückläufig. Die insgesamt zur Verfügung stehende Risikodeckungsmasse war jederzeit ausreichend. Das Risikolimit für das Gesamthaus wurde zu keinem Zeitpunkt überschritten. Vor diesem Hintergrund schätzt die Sparkasse ihre Risiken eher normal ein. Auch für das Jahr 2014 werden keine außergewöhnlichen Belastungen erwartet. Erhöhte Risiken könnten sich im Zuge steigender Zinsen negativ auf das Zinsspannenrisiko sowie das Bewertungsergebnis Wertpapiere auswirken. Die bestehenden Risiken sind für die Sparkasse Neuss im Rahmen ihrer Überwachungs- und Steuerungssysteme jedoch beherrschbar. Risiken, die den Bestand der Sparkasse gefährden könnten, sind nicht erkennbar.

Prognosebericht

Die globale Wirtschaftserholung schreitet voran und wird sich entsprechend positiv auf die Konjunktur in Deutschland auswirken. Die Wirtschaftsdynamik wird dadurch weiter an Schwung gewinnen und Deutschland der Konjunkturmotor in der Eurozone bleiben. Voraussetzung ist jedoch, dass die europäische Schuldenkrise und die bestehenden Strukturprobleme in Europa und der globalen Wirtschaft beherrschbar bleiben.

Nach einer verhaltenen Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes in 2013 wird für 2014 mit einem deutlich höheren Wirtschaftswachstum in Höhe von 1,7 % gerechnet. Die positiven Wirtschaftsprognosen sollten jedoch nicht zu einer Verbesserung der Arbeitsmarktsituation führen. Insgesamt werden sich die Arbeitslosenzahlen an den Daten des Vorjahres orientieren. Der Preisanstieg dürfte bei stabilen Energiekosten mit 1,3 % moderat ausfallen und damit unter dem Niveau des Vorjahres liegen.

Unter Berücksichtigung des gesamten wirtschaftlichen Umfeldes erwarten wir seitens der Europäischen Zentralbank nur kleine Zinsschritte. Die Sparkasse Neuss rechnet mit einem höheren Zinsniveau als 2013 und einer steileren Zinsstruktur. Bei der Planung zur Geschäftsentwicklung des Jahres 2014 orientiert sich die Sparkasse Neuss an den Einschätzungen ihrer Markt- und Fachbereiche. Das Planungsszenario wird nach den Vorgaben des DSGVO-Betriebsvergleichs aufgestellt. Die Planungsgenauigkeit nimmt ab, je weiter der betrachtete Zeitraum in der Zukunft liegt. Findet eine von den Prämissen abweichende Entwicklung statt, werden die tatsächlichen Ergebnisse unter Umständen von dem ursprünglich erwarteten Szenario abweichen. Die Sparkasse verfügt jedoch, wie in der Risikoberichterstattung erläutert, über Instrumente und Prozesse, mit denen Abweichungen von den Erwartungen erkannt und analysiert werden können. Anhand der Erkenntnisse kann ggf. steuernd eingegriffen werden.

Als regional verankertes Kreditinstitut und Marktführer vor Ort wird für das kommende Jahr mit einer moderaten Geschäftsausweitung gerechnet.

Die Sparkasse Neuss erwartet insgesamt eine Stabilisierung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und ein positives Wirtschaftswachstum. Die konjunkturelle Erholung wird jedoch von der Beherrschung der Probleme im Euroraum abhängig sein. Die Sparkasse Neuss wird vor diesem Hintergrund auf der Basis von persönlichen Kundenbeziehungen und gegenseitigem Vertrauen vor allem die Handwerksbetriebe und mittelständischen Unternehmen im Geschäftsgebiet bei Bedarf kreditmäßig wieder angemessen unterstützen. Im Kundenkreditgeschäft sowie bei den Kundeneinlagen wird im Jahr 2014 ein Wachstum von rund 2 % erwartet. Für das Eigengeschäft ist in 2014 eine moderate Volumenausweitung vorgesehen.

Die durchschnittliche Bilanzsumme wird im Jahr 2014 voraussichtlich um 2,6 % steigen. Der Zinsüberschuss - als wichtigste Ertragskomponente - wird auf Basis der Geschäftsplanung und der Zinserwartung im Jahr 2014 leicht höher ausfallen als im Vorjahr.

Im Betrachtungszeitraum wird ein Provisionsüberschuss durch die weitere Fokussierung auf das Privatkundengeschäft und den Ausbau des Dienstleistungs- und Wertpapiergeschäftes deutlich über dem Ergebnis des Vorjahres erwartet.

Der Personalaufwand wird 2014 moderat über dem des Vorjahres liegen. Beim Sachaufwand erwartet die Sparkasse Neuss aufgrund der Budgetplanung im Jahr 2014 eine deutliche Steigerung gegenüber 2013.

Zusammengefasst geht die Sparkasse auf Basis der Annahmen für das Jahr 2014 von einem moderaten Rückgang des Betriebsergebnisses vor Bewertung aus.

Das Wertpapiereigengeschäft der Sparkasse Neuss ist von großer Vorsicht geprägt. Es besteht kein Engagement in Anleihen aus wirtschaftlich schwachen Eurostaaten, die zu außergewöhnlichen Abschreibungen führen könnten. Das von der Sparkasse prognostizierte leicht steigende Zinsniveau wird in den Laufzeiten der Eigenanlagen Berücksichtigung finden. Höhere zinsinduzierte Abschreibungen werden dadurch begrenzt. Vor diesem Hintergrund wird für 2014 nur ein etwas höherer Abschreibungsbedarf als 2013 erwartet.

Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft ist nur unter großer Unsicherheit zu prognostizieren. Aufgrund der Qualität des Kreditportfolios geht die Sparkasse derzeit nicht von außergewöhnlich hohen Belastungen aus. Gegenüber dem guten Vorjahresergebnis wird mit einem um ca. 1 Mio. EUR höheren Vorsorgebedarf gerechnet.

Für das Jahr 2014 sind für das neutrale Ergebnis moderate Belastungen aus den Verbundbeteiligungen eingeplant.

Zur Abdeckung der Risiken der WestLB Abwicklungsanstalt erhielten die Sparkassen 25 Jahre Zeit, einen Teil ihres Gewinns anzusparen, um ihn im Zweifelsfall für Verluste der Abwicklungsanstalt verwenden zu können. Daher wird die Sparkasse Neuss aus ihrem Jahresergebnis der kommenden Jahre ebenfalls Beträge in vergleichbarer Höhe des Vorjahresbetrages für diesen Zweck zurücklegen.

Der Jahresüberschuss nach Steuern wird 2014 aufgrund der bisherigen Erkenntnisse auf dem Niveau des Vorjahres liegen.

Als Chancen oder Risiken im Sinne dieses Prognoseberichts werden mögliche positive oder negative Abweichungen von den dargestellten Erwartungen verstanden.

Chancen sieht die Sparkasse Neuss in der Stabilisierung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und insbesondere in der Beherrschung der europäischen Schuldenkrise. Unter der Voraussetzung, dass sich die Weltwirtschaft und die Lage im Euroraum weiter entspannt, sollte das Vertrauen wieder hergestellt werden und die Investitionsbereitschaft der Unternehmen weiter zunehmen. Von einer allgemeinen Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sollten zudem das Kreditgeschäft und das Einlagengeschäft sowie das Verbundgeschäft profitieren. Dies könnte zu einem höheren Zinsüberschuss und einer Ausweitung des Provisionsergebnisses führen.

Risiken liegen in der unternehmerischen und banküblichen Gefahr, die prognostizierten Unternehmensergebnisse nicht zu erreichen. Neben den in der Risikoberichterstattung dargestellten Risiken stellt ein erneutes Aufflammen der Euro-Staatsschuldenkrise das größte Risiko für die Konjunktorentwicklung im Euroraum dar. Des Weiteren können die sich eintrübenden wirtschaftlichen Aussichten in den Schwellenländern wie China, Indien und Brasilien und die politischen Konflikte im Nahen Osten und in der Ukraine negative Impulse geben. Auch neue Rettungsmaßnahmen, die wiederum zusätzliche Sparbemühungen und Strukturreformen erforderlich machen würden, könnten die Realwirtschaft erneut belasten.

Darüber hinaus liegen latente Risiken in einem sich weiter verschärfenden Konditionenwettbewerb. Die Sparkasse als Marktführer vor Ort bildet hier den natürlichen Hauptangriffspunkt im Kampf um Marktanteile.

Die bestehenden Risiken sind für die Sparkasse Neuss im Rahmen ihrer Überwachungs- und Steuerungssysteme jedoch beherrschbar. Risiken, die den Bestand der Sparkasse gefährden könnten, sind nicht erkennbar.

Zusammenfassung der voraussichtlichen Entwicklung

Soweit aus heutiger Sicht prognostizierbar, erwartet die Sparkasse Neuss für das kommende Jahr eine stetige Geschäftsentwicklung mit einem soliden Jahresergebnis, das eine angemessene Eigenkapitaldotierung, insbesondere im Hinblick auf die Neuregelungen durch Basel III, ermöglicht. Vor dem Hintergrund der Doppelstrategie aus flächendeckender Präsenz vor Ort und multimedialer Erreichbarkeit wird die Sparkasse Neuss auch zukünftig ihre bisher erfolgreiche Geschäftsentwicklung fortsetzen können.

Regionale Bahngesellschaft Kaarst – Neuss – Düsseldorf – Erkrath – Mettmann – Wuppertal mbH (Regio-Bahn)

Basisdaten

Anschrift	An der Regiobahn 15 40822 Mettmann
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gründungsjahr	1992
Gesellschaftsvertrag	in der Fassung vom 11. April 2011
Handelsregister	HRB 14133 (Wuppertal)

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb des Schienenverkehrs auf der Strecke Kaarst – Neuss – Düsseldorf – Erkrath – Mettmann in eigener Trägerschaft und die Sicherstellung eines auf die Marktbedürfnisse zugeschnittenen Betriebes auf dieser Strecke. Sie kann sich zu diesem Zweck an gleichartigen oder ähnlichen Unternehmen beteiligen sowie Geschäfte aller Art tätigen, die dem Zweck der Gesellschaft unmittelbar oder mittelbar förderlich sind. Im Falle einer Verlängerung der Strecke über die derzeit vorgesehenen Endpunkte in Kaarst und Mettmann hinaus oder im Falle der Eröffnung sonstiger Zweigstrecken, gehören die Einrichtungen und Aufrechterhaltung des Schienenverkehrs und die Sicherstellung des Betriebes auf neuen Teilstücken ebenfalls zum Gegenstand des Unternehmens.

Öffentliche Zwecksetzung

Schienenpersonennahverkehr (SPNV) im Rahmen der Daseinsvorsorge.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital³ beträgt 28 Tsd. EUR und teilt sich wie folgt auf die Gesellschafter auf:

³ Der in der Bilanz ausgewiesene Beteiligungswert zum 31.12.2013 beläuft sich auf 322.540,79 Euro entsprechend eine Bewertung nach der Eigenkapital-Spiegelbild-Methode.

Gesellschafter	Anteil (EUR)	Anteil (%)
Stadt Düsseldorf	9.800,00	35,00%
Kreis Mettmann	5.600,00	20,00%
Rhein-Kreis Neuss	3.300,00	11,80%
Stadt Kaarst	3.250,00	11,60%
Stadtwerke Neuss GmbH	3.250,00	11,60%
WSW mobil GmbH	2.800,00	10,00%
Summe	28.000,00	100,00%

Beteiligungen der Gesellschaft

Beteiligung	Anteil (EUR)	Anteil (%)
Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH, Mettmann (HRB 19431 - Amtsgericht Wuppertal)	25.000,00	100%

Zwischen der Regio-Bahn GmbH und der Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH wurde am 16.12.2005 ein Ergebnisabführungsvertrag geschlossen, der mit Eintragung in das Handelsregister am 08.02.2006 wirksam wurde. Der Ergebnisabführungsvertrag wurde einvernehmlich von der Regio-Bahn GmbH und der Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH mit Wirkung zum Ablauf des 31.12.2010 aufgehoben.

Organe der Gesellschaft

- Gesellschafterversammlung
- Aufsichtsrat
- Geschäftsführung

Gesellschafterversammlung

Vertreter der Stadt Kaarst in der Gesellschafterversammlung ist im Berichtsjahr Herr Technischer Beigeordneter Manfred Meuter. Stellvertreter war Herr Hans-Ulrich Boehm.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht gemäß § 10 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages aus zehn Mitgliedern, von denen drei von der Stadt Düsseldorf, drei vom Kreis Mettmann und je einer vom Rhein-Kreis Neuss, Stadtwerke Neuss GmbH, Stadt Kaarst und Wuppertaler Stadtwerke AG bestellt werde.

Die Stadt Kaarst wird im Berichtsjahr durch Herrn Christian Horn im Aufsichtsrat vertreten. Stellvertretendes Aufsichtsratsmitglied ist Herr Jörg Löhler.

Geschäftsführung

Dipl.-Ing. Joachim Korn

Personalbestand

Die Gesellschaft beschäftigte im für das Berichtsjahr maßgeblichen Zeitraum durchschnittlich 16 Angestellte.

2010	2011	2012	2013
15	14	16	16

Finanzwirtschaftliche Bedeutung für den kommunalen Haushalt

Als Gesellschafter der Regio-Bahn GmbH verpflichtet sich die Stadt Kaarst gemäß § 4 des Gesellschaftsvertrages, ein evtl. bei der Gesellschaft entstehendes Defizit unverzüglich auszugleichen.

Die Stadt Kaarst brauchte jedoch im Berichtsjahr 2013 aufgrund des positiven Ergebnisses der Gesellschaft keine Ausgleichszahlung zu leisten.

Bilanz

AKTIVA	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011
	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	169.751,00	153.317,48	135.606,48
II. Sachanlagen	26.031.104,08	27.845.849,02	29.714.337,63
III. Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00
Summe Anlagevermögen	<u>26.200.855,08</u>	<u>27.999.166,50</u>	<u>29.849.944,11</u>
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	4.740,00	11.550,00	5.800,00
II. Forderungen und sonstige	361.320,07	403.319,42	259.876,09
III. Wertpapiere	0,00	0,00	0,00
IV. Kassenbestand, Guthaben bei	66.351,27	31.619,45	456.756,20
Summe Umlaufvermögen	<u>432.411,34</u>	<u>446.488,87</u>	<u>722.432,29</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten	67.049,41	129.444,01	80.990,00
Bilanzsumme Aktiva	26.700.315,83	28.575.099,38	30.653.366,40
PASSIVA	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011
	EUR	EUR	EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	28.000,00	28.000,00	28.000,00
II. Kapitalrücklage	2.932.793,60	2.932.793,60	2.932.793,60
III. Gewinnrücklage	0,00	0,00	0,00
IV. Gewinnvortrag / Verlustvortrag	1.173.903,69	1.403.857,87	1.027.955,66
V. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	181.756,27	-229.954,18	375.902,21
Summe Eigenkapital	<u>4.316.453,56</u>	<u>4.134.697,29</u>	<u>4.364.651,47</u>
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	18.010.246,78	18.984.942,78	20.755.245,78
C. Rückstellungen	220.100,00	280.800,00	314.875,00
D. Verbindlichkeiten	3.743.912,49	4.730.922,31	4.740.723,15
E. Rechnungsabgrenzungsposten	409.603,00	443.737,00	477.871,00
Bilanzsumme Passiva	26.700.315,83	28.575.099,38	30.653.366,40

Erläuterungen zur Bilanz

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1.875 Tsd. EUR, bzw. um 6,6 % auf 26.700 Tsd. EUR vermindert.

Auf der Aktivseite sind neben den kurzfristigen Forderungen hauptsächlich die Sachanlagen gesunken. Auf der Passivseite haben sich insbesondere die Sonderposten für Investitionszuschüsse durch planmäßige Auflösung und die langfristigen Bankverbindlichkeiten vermindert.

Aktiva:

1. Anlagevermögen

Bei den Sachanlagen stehen den Investitionen von 782 Tsd. EUR Abschreibungen in Höhe von 2.580 Tsd. EUR gegenüber, sodass sich das Sachanlagevermögen insgesamt um 1.798 Tsd. EUR auf 26.031 Tsd. EUR verminderte.

Die Investitionen betreffen mit 320 Tsd. EUR die geplante Verlängerung der Bahnlinie S 28 nach Wuppertal Hauptbahnhof. Eine weitere größere Investition wurde im Berichtsjahr im Bereich der Technik der Zugsicherungsanlage getätigt (140 Tsd. EUR).

Die Vorräte betreffen den Bestand an Heizöl und Werbeartikeln.

2. Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände setzen sich wie folgt zusammen:

Forderungen aus Lieferungen und Leistung	211.635,52 €
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0,00 €

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen betrafen im Vorjahr die Regiobahn Fahrbetrieb.

Sonstige Vermögensgegenstände	149.684,55 €
-------------------------------	--------------

Die sonstigen Vermögensgegenstände bestehen in Höhe von 118 Tsd. EUR gegen die Finanzverwaltung.

Passiva:

1. Eigenkapital

Im Berichtsjahr 2013 wurde kein Betrag aus der Kapitalrücklage entnommen, somit bleibt diese unverändert.

Der Jahresüberschuss 2013 in Höhe von 181.756,27 € erhöht das Eigenkapital auf 4.316.453,56 Tsd. EUR.

2. Sonderposten

Die Veränderung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse ergibt sich im Saldo aus Zugängen von 1.059 Tsd. EUR sowie Auflösungen von 2.033 Tsd. EUR. Die Zugänge betreffen mit ca. 1,0 Mio. EUR im Wesentlichen den abgerufenen Investitionszuschuss des Verkehrsbundes Rhein-Ruhr AöR, Gelsenkirchen (VRR), für die Verlängerung der Bahnlinie S 28 nach Wuppertal. Die Gesamtzuwendung nach dem Zuwendungsbescheid vom 19. Dezember 2013 beträgt 33.700 Tsd. EUR. Die ertragswirksame Auflösung des Sonderpostens erfolgt entsprechend der Nutzungsdauer der bezuschussten Anlagengegenstände.

Die Bankverbindlichkeiten verminderten sich aufgrund von planmäßigen Tilgungen um 354 Tsd. EUR auf 3.071 Tsd. EUR.

3. Rückstellungen

Die Rückstellungen sind mit 220 Tsd. EUR um 61 Tsd. EUR geringer als 2012. Lediglich die Rückstellungen für Steuern und Versicherungsbeiträge haben sich erhöht.

4. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten untergliedern sich in

- Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.071.052,95 €
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	501.844,50 €
- Sonstige Verbindlichkeiten	171.015,04 €

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten betreffen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (502 Tsd. EUR) und sonstige Verbindlichkeiten (171 Tsd. EUR). Die Verminderung um 632 Tsd. EUR resultiert in Höhe von 300 Tsd. EUR aus der Rückzahlung eines Darlehens, das im Vorjahr von der Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH gewährt wurde. Des Weiteren beinhaltet die Verbindlichkeit im Vorjahr eine Rückzahlungsverpflichtung gegenüber der Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH in Höhe von 230 Tsd. EUR.

Gewinn- und Verlustrechnung

1.	Umsatzerlöse	3.930.635,25	3.866.529,36	4.328.263,16
2.	sonstige betriebliche Erträge	2.399.371,36	2.415.965,86	2.414.866,23
3.	Personalaufwand	-910.991,25	-875.476,86	-868.218,50
4.	Abschreibungen	-2.580.189,18	-2.585.666,04	-2.611.619,73
5.	sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.515.993,65	-2.927.681,53	-2.656.018,49
	Betriebsergebnis	322.832,53	-106.329,21	607.272,67
6.	Erträge aus Beteiligungen	0,00	0,00	0,00
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	352,85	1.246,03	905,24
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-140.748,26	-150.614,62	-180.167,61
9.	Aufwendungen aus Beteiligungen	0,00	0,00	0,00
	Finanzergebnis	-140.395,41	-149.368,59	-179.262,37
	Ergebnis der gewöhnlichen			
10.	Geschäftstätigkeit	182.437,12	-255.697,80	428.010,30
11.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			
		0,00	26.388,62	-51.157,00
12.	sonstige Steuern	-680,85	-645,00	-951,09
13.	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	181.756,27	-229.954,18	375.902,21

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die **Umsatzerlöse** haben sich gegenüber dem Vorjahr um 63 Tsd. EUR bzw. 1,6 % auf 3.931 Tsd. EUR erhöht und setzen sich wie folgt zusammen:

	2013	2012
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Erlöse aus:		
Infrastrukturleistungen für die Regiobahn Fahrbetrieb	3.697	3.638
Überlassung von Fahrzeugen und Betriebshalle an die Regiobahn Fahrbetrieb	60	60
Geschäftsbesorgung für die Regiobahn Fahrbetrieb	15	15
Nutzung von Anlagen und Trassen	159	154
Erlösschmälerungen für Vorjahre	0	0
	3.931	3.867

Innerhalb der sonstigen betrieblichen Erträge werden im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse (2.033 Tsd. EUR) sowie Miet- und Grundstückserträge (125 Tsd. EUR) ausgewiesen.

Der **Personalaufwand** verminderte sich um 36 Tsd. EUR bzw. 4,1 % auf 911 Tsd. EUR.

Die **Abschreibungen** betragen 2.580 Tsd. EUR und liegen damit annähernd auf Vorjahresniveau.

Die Verminderung der **übrigen Aufwendungen** um 412 Tsd. EUR ist im Wesentlichen auf um 540 Tsd. EUR gesunkene Aufwendungen für Instandhaltungen und Reparaturen zurückzuführen.

Das **Betriebsergebnis** erhöhte sich vor allem durch die gesunkenen Aufwendungen für Instandhaltungen und Reparaturen um 429 Tsd. EUR auf 323 Tsd. EUR (Vorjahr: -106 Tsd. EUR).

Das **Finanzergebnis** beträgt -141 Tsd. EUR bei -150 Tsd. EUR im Vorjahr. Es enthält mit 134 Tsd. EUR im Wesentlichen Darlehenszinsen.

Die **Ertragssteuern** im Vorjahr in Höhe von 26 Tsd. EUR betreffen die Gewerbesteuererstattungen für die Jahre 2010 und 2011. Aufgrund der bestehenden Körperschaft- und gewerbesteuerlichen Verlustvorträge fallen für das Geschäftsjahr 2013 keine Ertragssteuern an.

Die Regio-Bahn GmbH schließt das Geschäftsjahr 2012 mit einem **Jahresüberschuss** von 182 Tsd. EUR ab (Vorjahr: Jahresfehlbetrag von 230 Tsd. EUR).

Lage der Gesellschaft und Ausblick

Die VRR AöR hat der Gesellschaft im Dezember 2013 einen Zuwendungsbescheid zur Projektförderung für den Bau der Verlängerung der Linie S 28 von Mettmann nach Wuppertal erteilt. Es wurde eine Zuwendung nach § 13 ÖPNVG NRW zu einem Höchstbetrag von rund 33,7 Mio. EUR gewährt. Die Bau- und Grundstückserwerbskosten ohne Planungskosten betragen laut Planung rund 40,7 Mio. EUR. Die Eigenanteile an den Investitionskosten sollen durch Darlehensaufnahme finanziert werden.

Neben der Regiobahn-Verlängerung nach Wuppertal ist, ausgehend vom anderen Endhaltepunkt der Linie S 28 Kaarster See, eine Streckenverlängerung nach Viersen bzw. Venlo geplant. Im Rahmen einer Nutzen-Kosten-Untersuchung wurde die gesamtwirtschaftliche Sinnhaftigkeit für das Projekt eindeutig nachgewiesen. Es wurde ein Kosten-Nutzen-Indikator von 2,14 ermittelt. Für die Wiederinbetriebnahme der ehemaligen Streckenverbindung Kaarster See nach Viersen ist der Bau von ca. 12 km Gleisanlagen als ein- bzw. zweigleisiger Abschnitt, zwei Haltepunkten in Willich-Schiefbahn und Neersen und ein neuer Bahnsteig im Bahnhof Viersen vorgesehen. Die Baukosten sind mit ca. 57 Mio. EUR (Preisstand 2010) veranschlagt.

Aufgrund der zusätzlich bei der Gesellschaft entstehenden Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Bau der Regiobahn-Verlängerung nach Wuppertal wird im

Geschäftsjahr 2014 mit einem Jahresfehlbetrag von -255 Tsd. EUR gerechnet. Dieser wird durch die Rücklagen der Gesellschaft abgedeckt. Erst mit Betriebsaufnahme, welche voraussichtlich im Dezember 2016 erfolgen wird, werden für die Trassennutzung des neuen Streckenabschnitts zusätzliche Infrastrukturerträge erwirtschaftet, so dass dann in den Folgejahren wieder mit positiven Jahresergebnissen zu rechnen ist.

Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH

Basisdaten

Anschrift	An der Regiobahn 15 40822 Mettmann
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gründungsjahr	2010
Gesellschaftsvertrag	in der Fassung vom 08. Oktober 2010
Handelsregister	HRB 19431 (Wuppertal)

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages die Erfüllung von im allgemeinen Interesse liegenden SPNV-Leistungen. Die Gesellschaft erbringt insoweit ausschließlich auf der Grundlage von Verkehrsverträgen mit dem VVR Betriebsleistungen des Schienenverkehrs auf der Strecke S 28 und weiteren Strecken, die räumlich im materiellen Zuständigkeitsbereich der VRR gelegen sind und deren Betrieb mit der für die Gesellschafter geltenden Gemeindeordnung und der Kreisordnung in Einklang steht.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 25.000,00 EUR und teilt sich wie folgt auf die Gesellschafter auf:

Gesellschafter	Anteile (Euro)	Anteile (%)
Stadt Düsseldorf	9.750,00 €	39,00
Rhein-Kreis Neuss	6.500,00 €	26,00
Kreis Mettmann	5.550,00 €	22,20
Stadt Kaarst	3.200,00 €	12,80

Beteiligungen der Gesellschaft

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Organe der Gesellschaft

- Gesellschafterversammlung
- Aufsichtsrat
- Geschäftsführer

Gesellschafterversammlung

Vertreter der Stadt Kaarst in der Gesellschafterversammlung ist Herr Technischer Beigeordneter Manfred Meuter.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht gemäß § 16 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages aus neun stimmberechtigten Mitgliedern, von denen drei von der Stadt Düsseldorf, drei vom Kreis Mettmann, zwei vom Rhein-Kreis Neuss und einer von der Stadt Kaarst entsendet werden. Darüber hinaus entsendet der Verkehrsbund Rhein-Ruhr ein beratendes Mitglied.

Geschäftsführer

Ulrich Bergmann
Jürgen Hambuch

Personalbestand

Die Gesellschaft beschäftigte in 2013 durchschnittlich 10 Angestellte in Vollzeit und einen Angestellten in Teilzeit.

Finanzwirtschaftliche Bedeutung für den kommunalen Haushalt

Es kam im Berichtsjahr zu keinerlei Zahlungsströmen.

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2013

Bilanz

AKTIVA	31.12.2013	31.12.2012
	EUR	EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	76.188,00	79.267,00
II. Sachanlagen	8.686.701,38	9.705.285,69
III. Finanzanlagen	0,00	0,00
Summe Anlagevermögen	<u>8.762.889,38</u>	<u>9.784.552,69</u>
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	49.740,00	64.180,00
II. Forderungen und sonstige	1.477.263,10	1.605.668,70
III. Wertpapiere	0,00	0,00
IV. Kassenbestand, Guthaben bei	2.627.506,60	3.030.960,32
Summe Umlaufvermögen	<u>4.154.509,70</u>	<u>4.700.809,02</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten	63,00	257,00
Bilanzsumme Aktiva	12.917.462,08	14.485.618,71
PASSIVA	31.12.2013	31.12.2012
	EUR	EUR
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Kapitalrücklage	0,00	0,00
III. Gewinnrücklage	0,00	0,00
IV. Gewinnvortrag / Verlustvortrag	159.519,78	106.671,59
V. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	115.380,87	52.848,19
Summe Eigenkapital	<u>299.900,65</u>	<u>184.519,78</u>
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	5.833.865,00	6.534.248,00
C. Rückstellungen	1.382.494,00	1.266.900,00
D. Verbindlichkeiten	3.446.510,43	4.314.661,93
E. Rechnungsabgrenzungsposten	1.954.692,00	2.185.289,00
Bilanzsumme Passiva	12.917.462,08	14.485.618,71

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011
	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	14.376.970,31	13.827.536,71	14.449.919,29
2. sonstige betriebliche Erträge	1.039.606,62	961.694,37	1.023.747,40
3. Materialaufwand	-12.935.304,16	-12.457.133,51	-13.036.207,70
4. Personalaufwand	-598.189,15	-587.857,20	-246.973,85
5. Abschreibungen	-1.064.802,20	-1.059.632,43	-1.251.006,54
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-515.833,47	-485.605,51	-554.569,15
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	24.443,88	12.724,47	3.220,94
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-154.718,92	-164.976,61	-185.669,61
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	172.172,91	46.750,29	202.460,78
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-56.602,04	6.456,90	-95.789,17
11. Erträge aus Verlustübernahme	0,00	0,00	0,00
12. Sonstige Steuern	-190,00	-359,00	0,00
13. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	115.380,87	52.848,19	106.671,61

Lage der Gesellschaft und Ausblick

Nach Gründung der Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH, seinerzeit als Tochterunternehmen der Regiobahn GmbH, wurde die Durchführung der Eisenbahnverkehrsleistung auf der Linie S 28 auf die Gesellschaft übertragen. In diesem Zusammenhang wurden keine zusätzlichen Aufgaben von der Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH übernommen, so dass auch keine Erweiterung hinsichtlich des Umfangs der erkennbaren Risiken eingetreten ist.

Durch den Abschluss des neuen Verkehrsvertrags mit dem VRR bis zum Jahr 2021 ist die Zukunft der Fahrbetriebsgesellschaft für die nächsten 10 Jahre gesichert. Im Unterschied zum im Dezember 2011 ausgelaufenen Auferlegungsvertrag erhält die Gesellschaft nicht wie bislang eine Erstattung der Betriebsleistung auf Basis der nachgewiesenen Kosten, sondern eine Vergütung auf Basis eines vereinbarten Zugkilometerpreises zuzüglich einer jährlichen Dynamisierung.

Die Hauptuntersuchungen an den Triebfahrzeugen sind nicht mehr wie bisher Bestandteil der Subunternehmerleistung, sondern sind seit in Kraft treten des aktuellen Verkehrsvertrags von der Gesellschaft selbst zu beauftragen. Grundsätzlich müssen die Hauptuntersuchungen alle sechs Jahre durchgeführt werden, in Abhängigkeit von dem Ergebnis einer Begutachtung der Fahrzeuge gemäß § 32 Nr. 3 EBO sind aber Verlängerungen von zwei Mal einem Jahr möglich. Es ist vorgesehen, die Hauptuntersuchungen an allen zwölf Fahrzeugen in den Jahren 2014 bis 2016 durchzuführen.

Die Regiobahn GmbH hat im Dezember 2013 einen Zuwendungsbescheid für den Streckenausbau der Linie S 28 von Mettmann Stadtwald nach Wuppertal erhalten. Die Betriebsaufnahme für den Fahrbetrieb der Verlängerung der S 28 bis Wuppertal

Hauptbahnhof ist im Dezember 2016 vorgesehen. Die VRR AöR hat dem Grunde nach eine Zusage für die Übernahme der zusätzlichen Betriebskosten bei einem 20-Minuten-Takt auf der Basis des bestehenden Verkehrsvertrags ab Betriebsaufnahme erteilt. Zur Erbringung der zusätzlichen Betriebsleistung ist die Beschaffung von weiteren Triebfahrzeugen geplant.

Die Regiobahn GmbH beabsichtigt darüber hinaus, die Strecke der Regiobahn von Endhaltepunkt Kaarster See nach Viersen zu verlängern. Die Finanzierung der Betriebsleistungen für dieses Vorhaben ist noch nicht gesichert.

Aufgrund der anstehenden Hauptuntersuchungen an den 12 TALENT-Dieseltriebfahrzeugen rechnet die Geschäftsführung in den Geschäftsjahren 2014 bis 2016 mit negativen Geschäftsergebnissen. Für das Geschäftsjahr 2014 ist ein Jahresfehlbetrag von 259 Tsd. EUR geplant. Ab dem Geschäftsjahr 2017 werden auf der Grundlage des bis Dezember 2021 laufenden Inhouse-Verkehrsvertrags wieder positive Geschäftsergebnisse erwartet.

Verkehrsgesellschaft Kreis Neuss mbH

Basisdaten

Anschrift	Meererhof 1 41460 Neuss
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gründungsjahr	1995
Gesellschaftsvertrag	in der Fassung vom 26. Oktober 1995
Handelsregister	HRB 8784 (Neuss)

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens laut Gesellschaftsvertrag ist die Planung, Organisation und Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs im Rhein-Kreis Neuss einschließlich der Anbindung an die angrenzenden Verkehrsgebiete auf der Grundlage des Kreisnahverkehrsplanes. Ziel des Unternehmens ist die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) innerhalb des Kreises und der einzelnen Kommunen. Es gehört nicht zu den Aufgaben der Gesellschaft, selbst Fahrleistungen zu erbringen.

Es gehört zu den Aufgaben des Unternehmens, den Nahverkehrsplan für das Gebiet des Kreises Neuss in Abstimmung mit den Städten und Gemeinden des Kreises zu erarbeiten und fortzuschreiben.

Öffentliche Zwecksetzung

Planung, Organisation und Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs im Rhein-Kreis Neuss im Rahmen der Daseinsvorsorge.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital⁴ beträgt 25.564,59 EUR und teilt sich wie folgt auf die Gesellschafter auf:

⁴ Entsprechend der Bewertung nach der Eigenkapital-Spiegelbild-Methode, beläuft sich der ausgewiesene Beteiligungswert in der städtischen Bilanz zum 31.12.2013 auf 2.097,48 Euro.

Gesellschafter	Anteile (Euro)	Anteile (%)
Rhein-Kreis Neuss	8.436,32 €	33,00
Stadt Neuss	6.391,15 €	25,00
Stadt Grevenbroich	2.300,81 €	9,00
Stadt Dormagen	2.045,17 €	8,00
Stadt Meerbusch	2.045,17 €	8,00
Stadt Kaarst	1.533,88 €	6,00
Stadt Korschenbroich	1.278,23 €	5,00
Gemeinde Jüchen	1.022,58 €	4,00
Gemeinde Rommerskirchen	511,29 €	2,00

Beteiligungen der Gesellschaft

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Organe der Gesellschaft

- Gesellschafterversammlung
- Aufsichtsrat
- Geschäftsführer

Gesellschafterversammlung

Vertreter der Stadt Kaarst in der Gesellschafterversammlung ist Herr Hans Ulrich Boehm für das Berichtsjahr.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht nach § 7 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages aus 18 Mitgliedern, wovon jeder Gesellschafter zwei Mitglieder stellt.

Vertreter im Aufsichtsrat der Verkehrsgesellschaft Kreis Neuss mbH waren für das Berichtsjahr Herr Lars Christoph und Herr Technischer Beigeordneter Manfred Meuter.

Geschäftsführer

Hans-Jürgen Petrauschke

Personalbestand

Die Gesellschaft verfügt über kein eigenes Personal.

Finanzwirtschaftliche Bedeutung für den kommunalen Haushalt

Die Umlage an die Verkehrsgesellschaft Kreis Neuss mbH betrug für das Berichtsjahr 750 Tsd. EUR.

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2013

Bilanz

Aktiva	31.12.2013	31.12.2012	Passiva	31.12.2013	31.12.2012
Forderungen Guthaben bei Kreditinstituten	40.544,99 € 1.883.096,98 €	62.621,26 € 1.714.783,22 €	Stammkapital	25.564,58 €	25.564,58 €
			Kapitalrücklage Jahresergebnis	74.379,42 € 0,00 €	74.379,42 € 0,00 €
			Rückstellungen	16.450,00 €	14.400,00 €
			Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0,00 €	0,00 €
			Verbindlichkeiten geg. Gesellschaftern	1.807.247,97 €	1.663.060,48 €
	1.923.641,97 €	1.777.404,48 €		1.923.641,97 €	1.777.404,48 €

Gewinn- und Verlustrechnung

	2013	2012
sonst. betriebliche Erträge	6.688,40 €	7.022,70 €
sonst. betriebliche Aufwendungen	6.567,97 €	6.494,79 €
sonst. Zinsen und ähnliche Erträge	311,38 €	262,04 €
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	431,81 €	789,95 €
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00 €	0,00 €
Jahresüberschuss	0,00 €	0,00 €

Lage der Gesellschaft und Ausblick

Die Gesellschaft hat – wie in den Vorjahren – namens und auf Rechnung des Rhein-Kreises Neuss die Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs abgewickelt. Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, Organisation und Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs im Rhein-Kreis Neuss einschließlich der Anbindung an die angrenzenden Verkehrsgebiete auf der Grundlage des Kreisnahverkehrsplanes. Ziel des Unternehmens ist die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) innerhalb des Kreises und der einzelnen Kommunen. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft beschränkt sich auf die Berechnung und das Inkasso der von den Gesellschaftern aufzubringenden ÖPNV- und SPNV-Kosten und die Abrechnung mit dem Verkehrsbund Rhein-Ruhr.

Diese Tätigkeit führt nicht zu Umsätzen im Sinne des Umsatzsteuerrechtes.

Aus dieser Tätigkeit hat sich in diesem Jahr ein ausgeglichenes Ergebnis ergeben.

Gemäß § 13 des Gesellschaftsvertrages trägt der Kreis insbesondere die allgemeinen Verwaltungskosten der Gesellschaft. Die Kosten werden in Rechnung gestellt.

Rückstellungen für sonstige betriebliche Aufwendungen wurden gebildet.

Das Personal der Gesellschaft besteht lediglich aus dem Geschäftsführer, dessen Tätigkeit bereits durch sein Hauptamt abgegolten ist.

Der Bestand der Gesellschaft war in den vergangenen Geschäftsjahren zu keiner Zeit gefährdet.

Lokalradio Kreis Neuss GmbH & Co. KG

Basisdaten

Anschrift	Moselstraße 14 41464 Neuss
Rechtsform	Kommanditgesellschaft
Gründungsjahr	1989
Gesellschaftsvertrag Handelsregister	in der Fassung vom 18.11.2009 HRA 4570 (Neuss)

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist die Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Landesmediengesetz NRW für den Betrieb des lokalen Rundfunks. Dabei handelt es sich im Einzelnen um folgende Aufgaben:

- die zur Produktion und zur Verbreitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und dem Vertragspartner zur Verfügung zu stellen,
- dem Vertragspartner die zur Wahrnehmung seiner gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Mittel in vertraglich bestimmten Umfang zur Verfügung zu stellen,
- für den Vertragspartner den in § 72 LMG NRW genannten Gruppen Produktionshilfen zur Verfügung zu stellen und
- Hörfunkwerbung zu verbreiten.

Gegenstand des Unternehmens sind weiterhin alle damit unmittelbar oder mittelbar zusammenhängenden Geschäfte.

Öffentliche Zwecksetzung

Produktion und Verbreitung von lokalem Rundfunk im Rhein-Kreis Neuss als Sendegebiet.

Beteiligungsverhältnisse

Das Kommanditkapital⁵ beträgt 770 Tsd. EUR und ist voll eingezahlt. Es wird von folgenden Gesellschaftern gehalten:

⁵ Der Beteiligungswert wurde in der Bilanz der Stadt Kaarst zum 31.12.2013 mit 15.911,29 Euro auf der Grundlage der Eigenkapital-Spiegelbild-Methode ausgewiesen.

Gesellschafter	Anteile (Euro)	Anteile (%)
Lokalfunk Kreis Neuss GmbH & Co.KG	577.500,00 €	75,00
Rhein-Kreis Neuss	53.900,00 €	7,00
Stadt Neuss	53.900,00 €	7,00
Stadt Grevenbroich	15.400,00 €	2,00
Stadt Dormagen	15.400,00 €	2,00
Stadt Kaarst	15.400,00 €	2,00
Stadt Meerbusch	15.400,00 €	2,00
Stadt Korschenbroich	11.550,00 €	1,50
Gemeinde Jüchen	7.700,00 €	1,00
Gemeinde Rommerskirchen	3.850,00 €	0,50

Beteiligungen der Gesellschaft

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Organe der Gesellschaft

- Geschäftsführer
- Gesellschafterversammlung

Geschäftsführer

Geschäftsführer der Lokalradio Kreis Neuss GmbH & Co. KG ist die Lokalradio Kreis Neuss Verwaltungs-GmbH, Neuss (vertreten durch ihren Geschäftsführer, Herrn Uwe Peltzer) als persönlich haftende Gesellschafterin. Deren alleinige Gesellschafterin ist die Rheinisch-Bergische Verlagsgesellschaft mbH.

Gesellschafterversammlung

Vertreter der Stadt Kaarst in der Gesellschafterversammlung war im Berichtszeitraum Herr Hans-Ulrich Boehm.

Personalbestand

Bei der Gesellschaft waren für das Berichtsjahr 2013 durchschnittlich 4 Arbeitnehmer beschäftigt.

2011	2012	2013
4	4	4

Finanzwirtschaftliche Bedeutung für den kommunalen Haushalt

Von dem im Jahr 2012 erwirtschafteten Jahresüberschuss wurden im Berichtsjahr 2013 an die Stadt Kaarst anteilig 835,55 EUR Brutto ausgeschüttet.

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2013

Bilanz

AKTIVA	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011
	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	5.667,00	8.340,00	18.818,00
II. Sachanlagen			
1. Bauten auf fremden Grundstücken	384,00	594,00	808,00
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	45.760,00	51.277,00	53.508,00
III. Finanzanlagen			
Anteile an verbundenen Unternehmen	26.000,00	26.000,00	26.000,00
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
Waren	728,80	728,80	794,80
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	93.421,27	95.991,85	79.349,48
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	36.985,47	16.936,32	34.679,87
3. Sonstige Vermögensgegenstände	39.630,97	10.334,00	52.207,51
III. Wertpapiere	0,00	0,00	0,00
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	885.445,10	799.324,96	865.425,33
C. Rechnungsabgrenzungsposten	7.342,53	4.316,68	10.671,63
Bilanzsumme AKTIVA	1.141.365,14	1.013.843,61	1.142.262,62

PASSIVA	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011
A. Eigenkapital			
1. Kapitalanteile der Kommandantisten	770.000,00	770.000,00	770.000,00
2. Kapitalrücklagen	25.564,59	25.564,59	25.564,59
B. Sonderposten für aktivierte Anteile an der	26.000,00	26.000,00	26.000,00
C. Rückstellungen			
Sonstige Rückstellungen	26.475,25	28.315,61	34.895,53
D. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	129.706,30	84.180,81	66.358,39
2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	139.102,02	61.451,21	194.277,56
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	2.551,07	1.973,59	1.068,29
4. Sonstige Verbindlichkeiten	21.965,91	16.357,80	24.098,26
Bilanzsumme PASSIVA	1.141.365,14	1.013.843,61	1.142.262,62

Erläuterungen zur Bilanz

Die Bilanzsumme hat sich zum Stichtag von 40 Tsd. EUR im Vorjahr auf 115 Tsd. EUR im Berichtsjahr verbessert. Das Ergebnis ist im Wesentlichen auf die Steigerung der Umsatzerlöse von Radio NRW um 147 Tsd. EUR bei gesunkenen Betriebsaufwendungen zurückzuführen.

Aktiva:

1. Anlagevermögen

Als Beteiligung sind die Anteile an der Komplementärin Lokalradio Kreis Neuss Verwaltungsgesellschaft mbH, Neuss, zum Nennwert ausgewiesen.

2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind – wie im Vorjahr - alle innerhalb eines Jahres fällig. Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen entsprechen in voller Höhe Forderungen aus Lieferung und Leistung.

Passiva:

1. Rückstellungen

Bei den sonstigen Rückstellungen handelt es sich im Wesentlichen um Rückstellungen für Prüfungskosten in Höhe von 10 Tsd. EUR, für ausstehende Rechnungen in Höhe von 9 Tsd. EUR und für Personal in Höhe von 6 Tsd. EUR.

2. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind wie im Vorjahr alle innerhalb eines Jahres fällig. In den Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern sind Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 110 Tsd. EUR (Vorjahr: 51 Tsd. EUR) enthalten.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen in voller Höhe Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Zum Bilanzstichtag 2013 wird das gesamte Fremdkapital vollständig durch die liquiden Mittel gedeckt.

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011
	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	1.631.637,44	1.564.928,30	1.696.516,88
2. sonstige betrieblichen Erträge	17.735,57	9.775,47	24.980,57
3. Materialaufwand Aufwendungen für bezogene Leistungen	62.107,11	58.910,54	51.511,12
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	149.649,10	162.585,34	154.397,14
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersverorgung und Unterstützung	31.972,75	35.801,26	33.337,83
5. Abschreibungen	26.787,56	40.666,93	44.731,21
6. Sonstige betrieblichen Aufwendungen	1.244.144,26	1.234.821,94	1.228.097,15
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	1.488,03	3.268,14
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.552,32	2.471,30	2.447,74
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	133.159,91	40.934,49	210.243,40
10. Steuern vom Ertrag	18.000,00	447,00	33.934,00
11. Sonstige Steuern	0,00	29,65	-723,21
12. Jahresüberschuss	115.159,91	40.457,84	177.032,61
13. Gutschrift auf Privatkonten	-115.159,91	-40.457,84	-177.032,61
14. Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0,00	0,00	0,00

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse entfallen auf Hörfunkwerbung (einschließlich Partnerabrechnung und Erlöse radio NRW) in Höhe von 1.352 Tsd. EUR (Vorjahr: 1.299 Tsd. EUR), auf Sponsoring in Höhe von 90 Tsd. EUR (Vorjahr: 75 Tsd. EUR) und auf sonstige Erlöse mit 196 Tsd. EUR (Vorjahr: 198 Tsd. EUR) abzüglich Skonto in Höhe von 7 Tsd. EUR (Vorjahr: 7 Tsd. EUR). Die Umsatzerlöse wurden ausschließlich im Inland erzielt.

In den Umsatzerlösen sind periodenfremde Umsatzerlöse von radio NRW in Höhe von 16 Tsd. EUR (Vorjahr: 27 Tsd. EUR) enthalten.

2. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Hierbei handelt es sich mit 2 Tsd. EUR um die Verzinsung der Privatkonten der Kommanditisten.

3. Ergebnisverwendung

Der Jahresüberschuss von 2012 in Höhe von 40.457,84 EUR wurde den Gesellschaftern im Verhältnis ihrer Einlage auf den Privatkonten gutgeschrieben.

Lage der Gesellschaft und Ausblick

Durch die weiterhin bestehenden Planungsunsicherheiten (Finanz-, Währungs- und Konjunkturkrisen insbesondere im außenwirtschaftlichen Umfeld) bleibt eine Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung des Senders äußerst schwierig und seriös nicht prognostizierbar. Es wird von einem schwierigen, aber relativ stabilen wirtschaftlichen Umfeld ausgegangen.

Aufgrund fehlender langfristiger Werbeplanung der Kunden, sind die Einbuchungen überwiegend kurzfristig. Zudem kann sich der Ausfall von wenigen Großkundenaufträgen, insbesondere im lokalen Bereich und bei der Funk-Kombi West, erheblich auf den Gesamtumsatz auswirken. Die Planung der Umsatzerlöse ist somit von großer Unsicherheit geprägt. Gut die Hälfte des Umsatzes wird von den regionalen und landesweiten Vermarktungsgesellschaften (Funk-Kombi West / radio NRW) generiert. Der relativ hohe Anteil ist auch auf das Verhältnis lokaler zu landesweiter Sendezeit zurückzuführen und zeigt die Abhängigkeit von dem Funktionieren eines flächendeckenden Lokalfunksystems. Auf die Entwicklung der regionalen und überregionalen Umsätze hat der Sender nur geringen Einfluss. So kann eine durch Reichweitenverluste bei radio NRW verursachte Gesamtumsatzeinbuße z.B. nur bedingt durch eine lokale Reichweitensteigerung durch den Sender ausgeglichen werden. Das für das Unternehmen sehr wichtige flächendeckende Lokalfunksystem mit dem alleinigen Mantelprogrammanbieter radio NRW scheint vorerst nicht gefährdet zu sein.

Die Verbreitung der „Neuen Medien“ (Web-Radio, Online-Dienste, E-Commerce etc.) ist nicht in dem Maße und der Geschwindigkeit erfolgt, wie die anfängliche Euphorie erwarten ließ. Vielmehr hat sich die zusätzliche Verbreitung über das Internet als sinnvolle Ergänzung zu dem terrestrischen Weg etabliert. Durch das sich verändernde Mediennutzungsverhalten zu Gunsten des Internets – vor allem der jüngeren Generationen – ist mittelfristig nicht von einer steigenden Relevanz des Mediums Radio auszugehen und der analoge Verbreitungsweg UKW wird schleichend an Bedeutung verlieren.

Die durch die Genfer Funkwellenkonferenz angestoßene Neuordnung der Rundfunkfrequenzen im Juni 2006 (RRC 06) markiert den Übergang von der analogen auf die digitale terrestrische Rundfunkverbreitung. Dieser Übergang hat sich in den darauf folgenden Jahren aber nicht mit der Geschwindigkeit weiterentwickelt, wie allgemein erwartet wurde. Am 01. August 2011 gingen jedoch 13 öffentlich-rechtliche und private Hörfunkprogramme auf DABplus in bundesweiter digital terrestrischer Verbreitung auf Sendung. Der Digitalstart von DABplus wurde von der Geräteindustrie fi-

nanziell unterstützt. Bis 2016 sollen in Deutschland 16 Millionen DABplus-fähige Multinormempfänger verkauft werden. Zweifel, ob das angesichts der Verfügbarkeit des bundesweiten DABplus- Radioangebotes realistisch ist, sind angebracht, denn das als bundesweit angepriesene Netz erreicht derzeit erst 38 Millionen Hörer. Über einen weiteren Netzausbau soll 2014 entschieden werden. Für die beteiligten privaten Hörfunker ergibt sich beim DABplus Engagement trotz gegebener Chancen auch ein deutliches wirtschaftliches Risiko.

Schwierig gestaltet sich auch die Lage in den einzelnen Bundesländern. Bei allen Unterschiedlichkeiten kristallisiert sich heraus, dass die ARD – Landesrundfunkanstalten und die Media Broadcast als Sendernetzbetreiber in allen Bundesländern Interesse daran haben, jeweils eigene landesweite Sendernetze aufzubauen.

Eine belastbare Prognose, wie sich das bundesweite DABplus entwickeln wird und ob es zu einem flächendeckenden landesweiten DABplus- Sendebetrieb mit neuen regionalen Programmen in NRW kommen wird, ist nach wie vor kaum möglich.

Angesichts der mit der Rundfunkdigitalisierung einhergehenden Zunahme an Verbreitungsmöglichkeiten durchläuft die bestehende Hörfunkordnung einen schleichenden aber grundlegenden Wandel. Möglicherweise werden dadurch neben den Web-radios noch weitere Hörfunkanbieter auf den Markt treten und den Wettbewerbsdruck weiter erhöhen. Welche darüber hinausgehenden Auswirkungen sich für das in NRW installierte Lokalfunksystem ergeben, lässt sich zum heutigen Zeitpunkt noch nicht abschätzen.

Durch den Tausch von UKW-Frequenzen zwischen BFBS und Deutschlandfunk werden im Jahr 2014 voraussichtlich 11 – 24 analoge UKW-Frequenzen in NRW für bestehende Radioveranstalter oder interessierte Dritte verfügbar sein. Obwohl mit diesen Frequenzen keine Flächendeckung in NRW und nach bisherigen Berechnungen lediglich 6 Mio. potenzielle Hörer erreicht werden können, gibt es ca. 20 Interessenten, die diese Frequenzen für ein Hörfunkprogramm in NRW nutzen möchten. Die Staatskanzlei NRW hat die freien UKW-Frequenzen bereits der Landesanstalt für Medien NRW (LfM NRW) zugewiesen. Mit der Ausschreibung dieser Frequenzen durch die LfM NRW ist im ersten Quartal 2014 zu rechnen. Die sich hieraus ergebenden Auswirkungen sowohl im Hörer- als auch im Werbemarkt sind demnach noch völlig offen. Sollten die Frequenzen an einen externen Anbieter gehen, würden insbesondere die Großstadtssender des NRW-Lokalfunksystems belastet, die einen erheblichen Beitrag für das Solidarmodell des Lokalfunksystems leisten.

In der Landeshauptstadt Düsseldorf hat sich eine zweite Veranstaltergemeinschaft zur Veranstaltung eines zweiten Lokalprogramms gegründet. Das Programm soll nach eigenen Angaben unter dem Sender „City Radio Düsseldorf“ rund um die Uhr lokales Programm für Düsseldorf ausstrahlen und damit in direkte Konkurrenz zu Antenne Düsseldorf und NEWS 89,4 treten. Als Betriebsgesellschaft gründet sich derzeit die „City Radio Düsseldorf GmbH“, eine Tochtergesellschaft von „The Radio Group“, die als Dachgesellschaft bereits 17 Lokalsender unter anderem in Potsdam, Mainz, Saarbrücken und Cottbus betreibt. Bei der LfM NRW wurden die Lizenz und eine UKW-Frequenz beantragt. Der Sendestart ist laut eigenen Angaben für Ende 2014 geplant. Aus heutiger Sicht ist diese Ankündigung rechtlich nicht abgesichert aber auch nicht völlig unrealistisch. Dieser bisher in NRW einzigartige Vorgang wird – sofern der Sendebetrieb mit einer UKW-Frequenz aufgenommen wird – negative Auswirkungen für das lokale Rundfunksystem in NRW haben.

Die ProSiebenSat.1-Gruppe (P7S1) plant bereits im Jahre 2012 in fünf Nielseengebieten auch regionale Werbefenster anzubieten und damit den Eintritt in die regionalen Werbemärkte. Rechtlich fragwürdig ist in diesem Zusammenhang, ob eine regionale Auseinanderschaltung von Werbung in einem bundesweiten Rundfunkprogramm mit der Zulassung dieses Programms als bundesweites (einheitliches) Angebot vereinbar ist. Die Medienanstalt Berlin-Brandenburg als lizensierende Behörde verweigerte daher auch die Sendeerlaubnis für regionale Werbung. Das Verwaltungsgericht Berlin bestätigte diese Rechtsauffassung in erster Instanz. P7S1 hält alt allerdings weiterhin an seinen Plänen fest und hat beim Bundesverwaltungsgericht Sprungrevision beantragt. Gleichzeitig beantragte der Konzern bei den Landesmedienanstalten der Länder regionale Zulassungen für einen derartigen Markttest. Die Verfahren laufen derzeit noch. Ob die geplante Werbeauseinanderschaltung unter den derzeitigen Lizenzierungen oder erweiterten Lizenzierungen zulässig ist, bleibt derzeit völlig offen. Die Regionalisierung von Werbung in nationalen TV-Programmen würde aber zu gravierenden Umschichtungen von Werbebudgets zu Lasten der jeweils regional agierenden Werbeträger Hörfunk, Fernsehen und Print führen.

Durch die Abschaffung der GEZ-Gebühren und der Einführung des Rundfunkbeitrages werden die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in der laufenden Beitragsperiode von 2013 bis 2016 voraussichtlich 1,1 Mrd. EUR mehr einnehmen als angefordert wurden. Ausgelöst durch diese Mehreinnahmen und die Verwendung dieser Mittel, wird die Forderung nach einem Werbeverbot oder zumindest einer Werbeeinschränkung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sehr konkret aber auch sehr kontrovers diskutiert. Ein Werbeverbot scheint eher unwahrscheinlich, eine Werbeeinschränkung nach dem Vorbild des Norddeutschen Rundfunks (NDR) erscheint allerdings angemessen und durchsetzbar. Das NDR-Modell sieht vor, dass eine ARD-Anstalt auf 60 Minuten Werbung werktäglich auf einem Hörfunkprogramm reduziert ist. Damit würde sich in erster Linie das Angebot an öffentlich-rechtlicher Radiowerbung zu Gunsten des privaten Rundfunks verringern und hierdurch der preisaggressive Wettbewerb im dualen Rundfunksystem deutlich reduziert.

Für das Jahr 2013 plante die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen eine Novellierung des Landesmediengesetzes. Auch wenn dieser Zeitplan nicht eingehalten wurde, besteht der Wille des Gesetzgebers nach einer Modernisierung des Landesmediengesetzes weiterhin. Es ist zu erwarten, dass das in NRW erfolgreiche sogenannte Zwei-Säulen-Modell und somit die grundsätzlichen Rahmenbedingungen für den Lokalfunk in NRW erhalten bleiben. Ob und wieweit der Gesetzgeber die wirtschaftliche Situation der Betriebsgesellschaft im Novellierungsverfahren ent- oder belastet, ist allerdings nicht absehbar.

Die von der LfM NRW in 2010 verlängerte Sendelizenz ist bis 2015 gültig. Die Tätigkeit von NEWS 89.4 darüber hinaus ist von der weiteren Verlängerung der Sendelizenz abhängig. Von der weiteren Lizenzverlängerung um fünf Jahre kann aus heutiger Sicht ausgegangen werden.

Für das Geschäftsjahr 2014 wird mit einer relativ stabilen wirtschaftlichen Gesamtentwicklung und leicht sinkenden Hörerreichweiten auf regionaler und landesweiter Ebene gerechnet.

Bei den Umsatzerlösen Lokal wird von leicht steigenden Umsätzen und bei den Umsatzerlösen Funk-Kombi West von leicht sinkenden Umsätzen ausgegangen. Radio NRW prognostiziert Vertriebsprovisionen für 2014 in Höhe von insgesamt 22,5 Mio.

EUR (Hochrechnung für 2013: ca. 24,2 Mio. EUR, Stand Dezember). Bei rückläufigen Vertriebsprovisionen wird wegen der schlechteren Reichweite von NEWS 89.4 mit sinkenden Zuflüssen gerechnet. Die Gesamtkosten werden in den nächsten zwei Jahren relativ konstant bleiben, so dass von weiterhin positiven Jahresergebnissen ausgegangen werden kann. Für das Jahr 2014 erwartet die Gesellschaft einen Gewinn leicht über Vorjahresniveau.

Volkshochschul-Zweckverband Kaarst-Korschenbroich

Basisdaten

Anschrift	Am Schulzentrum 18 41564 Kaarst
Rechtsform	Volkshochschulzweckverband im Sinne des Weiterbildungsgesetzes
Gründungsjahr	1976
Satzung	in der Fassung vom 02. Dezember 1998

Aufgabe und öffentliche Zwecksetzung des Verbandes

Der Zweckverband übernimmt als Aufgabe den Betrieb einer Volkshochschule (VHS). Die Volkshochschule ist eine Einrichtung der Weiterbildung nach Weiterbildungsgesetz.

Beteiligungsverhältnisse

Mitglieder des Verbandes sind gem. § 1 der Zweckverbandssatzung die Städte Kaarst und Korschenbroich. Die konkreten Beteiligungen⁶ sind nachfolgend dargestellt:

	Beteiligungsquote	Beteiligungswert
Stadt Kaarst	85%	56.086,30 €
Stadt Korschenbroich	15%	9.897,58 €

Beteiligungen des Verbandes

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Organe des Verbandes

- Vorstandsvorsteher
- Verbandsversammlung

Verbandsvorsteher

Erster Beigeordneter Heinz-Dieter Vogt

⁶ Bei dem dargestellten Beteiligungswert handelt es sich um das jeweils anteilige Eigenkapital zum 31.12.2013. Der bilanzierte Buchwert in der städtischen Bilanz ist mit 42.096,56 Euro ausgewiesen.

Der Vorstandsvorsteher führt die Geschäfte des Volkshochschul-Zweckverbandes. Er ist in dieser Eigenschaft auch unmittelbarer Dienstvorgesetzter aller hauptberuflichen Mitarbeiter der Volkshochschule.

Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung des Volkshochschul-Zweckverbandes tritt in der Regel zwei Mal jährlich zusammen, um grundlegende Fragen der Gestaltung der Volkshochschularbeit, insbesondere Fragen des Haushalts und des Stellenplans zu beraten und zu beschließen. Für das Berichtsjahr sind folgende Vertreter der Stadt Kaarst in die Verbandsversammlung entsendet:

- Dagmar Treger (Vorsitzende)
- Elisabeth Füßgen
- Heinrich Leßmann
- Angelika Zelleröhr
- Dorothea Zillmer
- Elke Beyer
- Marianne Michael-Fränzel
- Hanno Wilsch
- Rolf-Peter Weyers
- Christiane Eickelmann
- Klaus Stevens (Bereich Kultur)

Personalbestand

	2010	2011	2012	2013
Pädagogische Mitarbeiter	3,6	3,6	3,6	3,6
Verwaltungsmitarbeiter	4	4	4	4
Dozenten	250	250	250	250

Finanzwirtschaftliche Bedeutung für den kommunalen Haushalt

Im Jahr 2013 wurde insgesamt eine Verbandsumlage nach § 11 der Satzung in Höhe von 256.523,82 Euro von der Stadt Kaarst geleistet.

Darüber hinaus hat die Stadt Kaarst gegenüber dem Volkshochschul-Zweckverband zum Stichtag 31.12.2013 eine Verbindlichkeit aus Pensions- und Beihilfeansprüchen in Höhe von 983.279,15 Euro.

Gleichzeitig wurden von dem Volkshochschul-Zweckverband 123.369,68 Euro an Mieten und Nutzungsgebühren und Verwaltungskosten erstattet.

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2013

Bilanz

AKTIVA

	31.12.2013	31.12.2012
	€	€
1. <u>Anlagevermögen</u>		
1. 1. Immaterielle Vermögensgegenstände	4.715,13	6.951,96
1. 2. Sachanlagen		
1. 2. 1. Unbebaute Grundstücke und	0,00	0,00
1. 2. 2. Bebaute Grundstücke und	0,00	0,00
1. 2. 3. Infrastrukturvermögen	0,00	0,00
1. 2. 4. Bauten auf fremdem Grund und Boden	0,00	0,00
1. 2. 5. Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	10.727,92	10.727,92
1. 2. 6. Maschinen und technische Anlagen,	585,16	625,75
1. 2. 8. Betriebs- und Geschäftsausstattung	53.039,21	57.324,12
1. 2. 9. Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	0,00	0,00
1. 3. Finanzanlagen		
1. 3. 1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00
1. 3. 2. Beteiligungen	0,00	0,00
1. 3. 3. Sondervermögen	0,00	0,00
1. 3. 4. Wertpapiere des Anlagevermögens	1.876,53	1.819,66
1. 3. 5. Ausleihungen	0,00	0,00
1. 3. 5. an verbundene Unternehmen		
1. 3. 5. an Beteiligungen		
1. 3. 5. an Sondervermögen		
1. 3. 5. Sonstige Ausleihungen		
	<hr/>	<hr/>
	70.943,95	77.449,41
2. <u>Umlaufvermögen</u>		
2. 1. Vorräte		
2. 1. 1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren	0,00	0,00
2. 1. 2. Geleistete Anzahlungen	0,00	0,00
2. 2. Forderungen und sonstige		
2. 2. 1. Öffentlich-rechtliche Forderungen und	1.333.419,74	1.188.669,97
2. 2. 1. 1. Gebühren		
2. 2. 1. 2. Beiträge		
2. 2. 1. 3. Steuern		
2. 2. 1. 4. Forderungen aus Transferleistungen		
2. 2. 1. 5. Sonstige öffentlich-rechtliche Forderu		
2. 2. 2. Privatrechtliche Forderungen		
2. 2. 2. 1. gegenüber dem privaten Bereich		
2. 2. 2. 2. gegenüber dem öffentlichen Bereich		
2. 2. 2. 3. gegen verbundene Unternehmen		
2. 2. 2. 4. gegen Beteiligungen		
2. 2. 2. 5. gegen Sondervermögen		
2. 2. 3. Sonstige Vermögensgegenstände	0,00	0,00
2. 3. Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00
2. 4. Liquide Mittel	213.468,08	279.549,48
	<hr/>	<hr/>
	1.546.887,82	1.468.219,45
3. <u>Aktive Rechnungsabgrenzung</u>	26.228,99	13.418,66
Summe Aktiva	<hr/>	<hr/>
	1.644.060,76	1.559.087,52

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2013

PASSIVA

	31.12.2013	31.12.2012
	€	€
1. <u>Eigenkapital</u>		
1. 1. Allgemeine Rücklage	47.627,60	47.627,60
1. 2. Sonderrücklagen	0,00	0,00
1. 3. Ausgleichsrücklage	18.356,28	18.356,28
1. 4. Jahresüberschuss	0,00	0,00
	65.983,88	65.983,88
2. <u>Sonderposten</u>		
2. 1. für Zuwendungen	0,00	0,00
2. 2. für Beiträge	0,00	0,00
2. 3. für den Gebührenaussgleich	0,00	0,00
2. 4. Sonstige Sonderposten	0,00	0,00
	0,00	0,00
3. <u>Rückstellungen</u>		
3. 1. Pensionsrückstellungen	1.354.165,00	1.188.498,00
3. 2. Rückstellungen für Deponien und Altlasten	0,00	0,00
3. 3. Instandhaltungsrückstellungen	0,00	0,00
3. 4. Sonstige Rückstellungen	164.801,08	244.158,91
	1.518.966,08	1.432.656,91
4. <u>Verbindlichkeiten</u>		
4. 1. Anleihen	0,00	0,00
4. 2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	0,00	0,00
4. 2. 1. von verbundenen		
4. 2. 2. von Beteiligungen		
4. 2. 3. von Sondervermögen		
4. 2. 4. vom öffentlichen Bereich		
4. 2. 5. vom privaten Kreditmarkt		
4. 3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur	0,00	0,00
4. 4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	0,00	0,00
4. 5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	46.298,34	59.447,06
4. 6. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	0,00	0,00
4. 7. Sonstige Verbindlichkeiten	12.812,46	999,67
	59.110,80	60.446,73
5. <u>Passive Rechnungsabgrenzung</u>	0,00	0,00
Summe Passiva	1.644.060,76	1.559.087,52

Erläuterungen zur Bilanz

Aktiva:

Immaterielle Vermögensgegenstände

Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden gemäß § 43 Abs. 1 GemHVO NRW nur aktiviert, soweit sie entgeltlich erworben wurden. In 2013 werden sie mit 4.715,13 € bilanziert. Es handelt sich um System- und Anwendungssoftware, die dem Betrieb der EDV-Anlage dient.

Sachanlagen

Gegenüber den Wertansätzen in der Eröffnungsbilanz auf der Grundlage von vorsichtig geschätzten Zeitwerten nach § 54 GemHVO NRW wurden für das im Haushaltsjahr 2013 zugegangene Vermögen gemäß § 33 GemHVO NRW die geleisteten Anschaffungskosten und die erbrachten Herstellungskosten als Wertansätze zugrunde gelegt.

Das vhs-eigene Kunstwerk „Alle Leute gehen zur Volkshochschule“ wird gem. § 55 (3) GemHVO mit dem einer dauerhaften Versicherung zugrunde zu legenden Wert mit den Anschaffungs- und Herstellungskosten von 10.727,92 € angesetzt.

Die Entwicklung des Anlagevermögens zeigt sich vorrangig in den Neuanschaffungen und den Wertveränderungen durch Abschreibung. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird mit 53.039,21 € bilanziert, die technischen Anlagen mit 585,16 €. Für die Bestimmung der wirtschaftlichen Nutzungsdauern gilt die vom Innenministerium bekannt gegebene Abschreibungstabelle für Kommunen.

Finanzanlagen

Hier werden 1.876,53 € als Beteiligung am Kommunalen Versorgungsrücklagenfonds (KVR-Fonds) bei den Rheinischen Versorgungskassen für die Beamten des Zweckverbandes als Wertpapiere des Anlagevermögens bilanziert. Die Bedeutung des vor Einführung der Pensionsrückstellungen zu bildenden Pflichtfonds entfiel mit der Einführung der Pensionsrückstellungen. Er wird vom Zweckverband auch nicht auf freiwilliger Basis weitergeführt. Die bereits angesparten Fondsanteile erfahren lediglich eine jährliche Wertentwicklung.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Gebühren, die Forderungen aus Transferleistungen, die sonstigen öffentlich-rechtlichen Forderungen und die privatrechtlichen Forderungen wurden im Grundsatz mit dem Nennwert bzw. Barwert angesetzt.

Liquide Mittel

Als liquide Mittel wurden Kassenbestände und Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 213.468,08 € ausgewiesen. Der Ansatz erfolgte zum Nennbetrag. Die Veränderung von 66.081,40 € im Vergleich zum 31.12.2012 entspricht dem Saldo der Finanzrechnung.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten beinhalten Gehaltszahlungen für Beamte von 26.228,99 €, die vor dem Bilanzstichtag verausgabt wurden, aber erst nach dem Bilanzstichtag Aufwand darstellen.

Passiva:

Allgemeine Rücklage

Als allgemeine Rücklage ist der Unterschiedsbetrag zwischen dem Vermögen des vhs-Zweckverbandes (= Aktivseite) und der Ausgleichsrücklage, den Sonderrücklagen, den Sonderposten, den Rückstellungen, den Verbindlichkeiten und den passiven Rechnungsabgrenzungsposten auszuweisen.

Ausgleichsrücklage

Die Höhe der Ausgleichsrücklage wurde nach § 75 Abs. 3 GO NRW gebildet. Sie betrug in der Eröffnungsbilanz 2006 ein Drittel der Höhe des Eigenkapitals. Im Jahresabschluss 2013 wurde sie wie auch bereits in den Jahresabschlüssen 2009, 2010 und 2011 nicht in Anspruch genommen.

Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag

Das Jahresergebnis beträgt Null. Damit entsteht kein Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss.

Rückstellungen

Pensionsrückstellungen

Die Bezüge der Versorgungsempfänger des vhs-Zweckverbandes werden durch den Anschluss an die Rheinische Versorgungskasse von dort ausgezahlt. Unmittelbare Zahlungsverpflichtungen des vhs-Zweckverbandes bestehen insoweit nicht. Dennoch verbleibt ein mittelbarer Zahlungsanspruch der Versorgungsempfänger gegenüber dem vhs-Zweckverband, welcher entsprechend als ungewisse Verbindlichkeit zu bilanzieren ist.

Der Wert für die ausgewiesenen Pensionsrückstellungen wurde durch die Rheinische Versorgungskasse auf der Grundlage einer versicherungsmathematischen Berechnung der Pensions- und Beihilfeverpflichtungen zum 31.12.2013 mit RVK-Ausgabedatei vom 29.01.2014 ermittelt.

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2013

Danach beinhalten die Rückstellungen neben den künftigen Versorgungslasten der vhs Kaarst-Korschenbroich auch die Ansprüche auf Beihilfen nach § 88 Landesbeamtengesetz und die Ansprüche nach §107b BeamtVG. Bei den Berechnungen sind die biometrischen Rechnungsgrundlagen der Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck unter Anwendung eines Rechnungszinsfußes von 5 % berücksichtigt worden.

31.12.2013	Aktiva	Passiva
Pensions- und Beihilfeansprüche	1.156.799 €	1.354.165 €
Ansprüche §107b BeamtVG	197.366 €	
	1.354.165 €	1.354.165 €

Den Pensionsrückstellungen von 1.354.365 € stehen Forderungen gegen die Verbandskommunen als sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen von 1.156.799 € und Forderungen nach § 107b BeamtVG von 197.366 € gegenüber. Die Verbandskommunen haben dem Ausweis dieser Forderungen schriftlich zugestimmt bzw. in den eigenen Bilanzen bereits berücksichtigt.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen gemäß § 36 Abs. 4 GemHVO NRW im Jahresabschluss 2013 umfassen die Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub in Höhe von 10.784,93 €, sowie Rückstellungen in Höhe von 154.016,15 € für den Ausgleich zukünftiger Mitgliedsumlagen. Nach § 11 Abs. 2 Satz 3 der Satzung des vhs-Zweckverbandes sind Überschüsse und Fehlbeträge spätestens im übernächsten Rechnungsjahr auszugleichen. Dies bedeutet auch, dass für Überschüsse eine entsprechende Rückstellung zu bilden ist, die in kommenden Haushaltsjahren aufzulösen ist.

Verbindlichkeiten

Eine besondere Besicherung der Verbindlichkeiten liegt nicht vor.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten wurden mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt. Weitere Einzelheiten gehen aus dem diesem Anhang beigefügten Verbindlichkeitspiegel hervor, s. 3.3. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung bestehen in Höhe von 46.298,34 €. Hierunter fallen insbesondere Honorarzahungen an Dozenten für Veranstaltungen, die in 2013 durchgeführt wurden. Zum Stichtag bestanden noch keine Zahlungsverpflichtungen, jedoch sind die entstandenen Aufwände im Rahmen einer antizipativen Rechnungsabgrenzung dem Haushaltsjahr 2013 zuzuordnen.

Sonstige Verbindlichkeiten

Es bestehen sonstige Verbindlichkeiten von 12.812,46 € (u.a. Nebenkosten für das vhs-Haus).

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Es bestehen keine passiven Rechnungsabgrenzungsposten.

Sonstige Angaben

1. Zu den **finanziellen Verpflichtungen** aus Wartungsverträgen, Mietverträgen und Leasingverträgen können keine verbindlichen Aussagen getroffen werden, da der Lagebericht 2013 der VHS derzeit noch nicht vorliegt.
2. Erläuterungen zu weiteren **finanzielle Verpflichtungen** können derzeit nicht getroffen werden (s. Punkt 1).
3. Die vhs Kaarst-Korschenbroich ist **Mitglied der Rheinischen Versorgungs- und Zusatzversorgungskasse in Köln**. Die hierüber versicherten Mitarbeiter der vhs Kaarst-Korschenbroich und deren Hinterbliebene erhalten von der RVK/RZVK Versorgungs- und Versicherungsrenten. Aufgrund der umlagefinanzierten Ausgestaltung der Rheinischen Versorgungs- und Zusatzversorgungskasse besteht eine Unterdeckung in Form der Differenz zwischen den von der Einstandspflicht erfassten Versorgungsansprüchen und dem anteiligen, auf den vhs-Zweckverband Kaarst-Korschenbroich entfallenden Vermögen der Rheinischen Versorgungs- und Zusatzversorgungskasse. Die für eine Rückstellungsberechnung erforderlichen Daten der ausgeschiedenen Mitarbeiter liegen allenfalls der Rheinischen Versorgungs- und Zusatzversorgungskasse vor und stehen - wie allen Mitgliedern der Rheinischen Versorgungs- und Zusatzversorgungskasse - der vhs Kaarst-Korschenbroich nicht zur Verfügung. Der Umlagesatz beträgt 4,25 % der umlagepflichtigen Lohn- und Gehaltssumme. Zusätzlich wird ein Sanierungsgeld von 3,5 % der umlagepflichtigen Lohn- und Gehaltssumme erhoben. Die weitere Entwicklung des Umlagesatzes ist derzeit nicht absehbar. Tendenziell ist aufgrund der demographischen Entwicklung von steigenden Umlagesätzen auszugehen.

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2013

Gewinn- und Verlustrechnung

Bezeichnung	2013	2012	2011
Steuern und ähnliche Abgaben			
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	514.962,58	557.310,23	530.898,00
+ Sonstige Transfererträge			
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	484.631,45	518.109,72	553.801,57
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	24.352,50	23.205,00	29.997,50
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	74.444,12	71.569,41	121.329,25
+ Sonstige ordentliche Erträge	254.802,65	20.562,33	16.221,38
+ Aktivierte Eigenleistungen			
+ Bestandsveränderungen	0,00	58.017,16	37.835,00
= ORDENTLICHE ERTRÄGE	1.353.193,30	1.248.773,85	1.290.082,70
- Personalaufwendungen	963.015,55	959.502,19	952.506,32
- Versorgungsaufwendungen	83.263,55	1.264,47	217,31
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	31.311,64	27.342,99	12.166,82
- Bilanzielle Abschreibungen	19.814,77	17.961,65	15.119,40
- Transferaufwendungen	2.880,00		
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	253.118,32	243.234,83	312.022,11
= ORDENTLICHE AUFWENDUNGEN	1.353.403,83	1.249.306,13	1.292.031,96
= ERGEBNIS DER LAUFENDEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	-210,53	-532,28	-1.949,26
+ Finanzerträge	48,37	532,28	1.949,26
- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen			
	162,16		
= FINANZERGEBNIS	-113,79	532,28	1.949,26
= ORDENTLICHES ERGEBNIS	0,00	0,00	0,00
+ Außerordentliche Erträge			
- Außerordentliche Aufwendungen			
= AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS			
= JAHRESERGEBNIS	-324,32	0,00	0,00

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Das Jahresergebnis 2013 schließt mit 0 € ab. Den Weniger-Erträgen stehen entsprechende Weniger-Aufwendungen in gleicher Höhe gegenüber.

Konkrete Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung 2013 können zum jetzigen Zeitpunkt nicht getroffen werden, da der Lagebericht 2013 der VHS Kaarst-Korschenbroich noch nicht vorliegt.

Lage des Verbandes und Ausblick

Eine Analyse der derzeitigen Lage sowie eine Prognose folgender Wirtschaftsjahre ist aufgrund des fehlenden Lageberichtes 2013 derzeit nicht möglich.

Zweckverband IT-Kooperation Rheinland

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Beteiligungsberichtes lag der Stadt Kaarst lediglich der vorläufige Jahresabschluss 2013 vor. Die ITK-Rheinland teilte mit, dass der Jahresabschluss 2013 noch von der Verbandsversammlung bestätigt werden muss. Aufgrund dessen beziehen sich die Werte auf den vorläufigen Jahresabschluss 2013.

Basisdaten

Anschrift	Hammfelddamm 4 41464 Neuss
Rechtsform	Zweckverband
Gründungsjahr	1998
Satzung	in der Fassung vom 11. Dezember 2007

Aufgabe und öffentliche Zwecksetzung des Verbandes

Gemäß § 2 der Satzung hat der Zweckverband die Aufgabe, die kommunale Datenverarbeitungszentrale für die Verbandsmitglieder zu betreiben und technikunterstützende Informationsverarbeitung (TUIV) im Sinne eines Beratungs-, Qualifizierungs- und Produktionsverbundes für seine Verbandsmitglieder bereitzustellen. Insbesondere obliegen ihm

- Entwicklung und Fortschreibung gemeinsamer Standards für eine einheitliche informationstechnische Infrastruktur,
- Entwicklung und Fortschreibung von Konzeptionen zu Einsatz und Nutzung der TUIV
- Auswahl und Beschaffung, Neuentwicklung, Weiterentwicklung und Pflege der Anwendersoftware,
- Organisation und Bereitstellung von Beratung und Unterstützung sowie Betreuung und Schulung,
- Abwicklung der zentralen Produktion,
- Organisation der netztechnischen Infrastruktur zwischen der ITK Rheinland und den Anwenderverwaltungen, einschließlich Betrieben der Netze,
- Organisation und Betrieb der IT-Infrastruktur in den Anwenderverwaltungen auf deren Wunsch und
- Organisatorische Weiterentwicklung der Zusammenarbeit.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital des Zweckverbandes beträgt 100.000 EUR. Das gesamte Eigenkapital zum 31.12.2012 betrug 2.460.875,14 Euro.

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2013

Der Betrag von 158.189,84 Euro, der in der städtischen Bilanz als Beteiligungswert ausgewiesen wurde, beruht auf dem anteiligen Eigenkapitalwert der ITK-Neuss zum Stichtag 31.12.2007. Hier wurde das gesamte Eigenkapital (1.977.373,05 Euro) zum 31.12.2013 entsprechend den Stimmverhältnissen (50 Stimmen, davon entfallen vier auf die Stadt Kaarst) aufgeteilt.

Die Beteiligungsverhältnisse zum 31.12.2013⁷

Rhein-Kreis Neuss	9 Stimmen	355.927,15 €
Stadt Neuss	15 Stimmen	593.211,92 €
Stadt Grevenbroich	5 Stimmen	197.737,31 €
Stadt Dormagen	6 Stimmen	237.284,77 €
Stadt Meerbusch	4 Stimmen	158.189,84 €
Stadt Kaarst	4 Stimmen	158.189,84 €
Stadt Korschenbroich	3 Stimmen	118.642,38 €
Gemeinde Jüchen	2 Stimmen	79.094,92 €
Gemeinde Rommerskirchen	2 Stimmen	79.094,92 €
	<u>50 Stimmen</u>	<u>1.977.373,05 €</u>

Beteiligungen des Verbandes

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Organe des Verbandes

- Verbandsversammlung
- Verwaltungsrat
- Vorstandsvorsteher

Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung bestimmt als politisches Gremium die strategische Ausrichtung der ITK Rheinland und entscheidet über die Finanz- und Personalressourcen. In der Verbandsversammlung sitzen Mitglieder aus den Stadt- und Gemeinderäten der Landeshauptstadt Düsseldorf, im Rhein-Kreis Neuss und aus dem Kreistag. Mindestens einmal jährlich tagt die Verbandsversammlung. Vorsitzender ist Landrat Hans-Jürgen Petruschke. Vertreter der Stadt Kaarst im Berichtsjahr in der Verbandsversammlung sind:

- Herr Daniel Fleck
- Frau Christiane Fuhrmann (Abteilung TUIV)
- Stellvertreter: Herr Theodor Thissen
- Stellvertreter: Herr Erwin Kronenberg (Abteilung Organisation)

⁷ Der ausgewiesene Bilanzwert beläuft sich auf 158.189,84 Euro und wurde anhand des anteiligen Eigenkapitals ermittelt.

Verwaltungsrat

Im Verwaltungsrat legen der Landrat und die Bürgermeister der Verwaltungen die Grundlagen der IT-Strategie fest und steuern die laufende Geschäftstätigkeit der ITK Rheinland im Sinne einer strategischen Unternehmensführung und eines strategischen Controllings. Der Verwaltungsrat trifft alle kostenrelevanten Entscheidungen für den Verband, insbesondere entscheidet er über den Einsatz neuer Verfahren. Die neun Mitglieder tagen regelmäßig und nach Bedarf. Vertreter der Stadt Kaarst im Berichtsjahr im Verwaltungsrat war Bürgermeister Franz-Josef Moor-
mann.

Verbandsvorsteher

Verbandsvorsteher ist Manfred Abrahams, Stadtdirektor und Kämmerer der Landeshauptstadt Düsseldorf. Er führt die laufenden Geschäfte des Zweckverbands im Nebenamt; unterstützt wird er durch die Geschäftsführer Dr. Bodo Karnbach (Vorsitzender der Geschäftsführung) und Wolfgang Vits. Stellvertretender Verbandsvorsteher ist Herr Herbert Napp, Bürgermeister der Stadt Neuss.

Personalbestand

Der Personalbestand hat sich im Wirtschaftsjahr 2013 wie folgt entwickelt:

	Anfangsbestand 01.01.2013	Zugänge	Abgänge	Endbestand 31.12.2013
Beamte	93	1	1	93
Beschäftigte	113	10	5	118
Versorgungsempfänger	8	0	0	8
Begünstigte eines Ver- sorgungsempfängers	2	0	0	2
	216	11	6	221

Finanzwirtschaftliche Bedeutung für den kommunalen Haushalt

Die Stadt Kaarst hat im Jahr 2013 Zahlungen in Höhe von 934.850 EUR an die ITK-Rheinland geleistet für Produktionskosten, Leistungskosten, Schulungen, Leasing und Webhosting.

Bilanz

Aktiva

	31.12.2013	31.12.2012
A. Anlagevermögen	12.471.538,52 €	11.112.320,00 €
<i>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</i>	<i>10.679.666,79 €</i>	<i>9.404.924,19 €</i>
1. Lizenzen	3.473.066,05 €	3.243.457,07 €
2. Geleistete Anzahlungen	7.206.600,74 €	6.161.467,12 €
<i>II. Sachanlagen</i>	<i>12.471.538,52 €</i>	<i>11.112.320,00 €</i>
1. Bauten auf fremden Grundstücken	771.877,39 €	840.140,42 €
2. Technische Anlagen und Maschinen	227.785,80 €	252.031,49 €
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	792.208,54 €	615.223,90 €
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00 €	0,00 €
III. Finanzanlagen		
Sonstige Ausleihungen	0,00 €	0,00 €
B. Umlaufvermögen	28.986.622,12 €	19.720.231,83 €
<i>I. Vorräte</i>	<i>283.622,38 €</i>	<i>569.173,10 €</i>
<i>II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</i>	<i>28.381.795,35 €</i>	<i>19.720.231,83 €</i>
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistung	455.078,04 €	343.472,47 €
2. Forderungen gegen Verbandsmitglieder	27.926.077,31 €	18.807.586,26 €
3. Sonstige Vermögensgegenstände	640,00 €	0,00 €
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.147.618,26 €	1.371.622,44 €
Summe Aktiva	42.605.778,90 €	32.204.214,27 €

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2013

Passiva	31.12.2013	31.12.2012
A. Eigenkapital	2.549.279,34 €	2.460.875,14 €
I. Stammkapital	100.000,00 €	100.000,00 €
II. Rücklagen Allgemeine Rücklage	2.360.875,14 €	2.240.914,24 €
III. Jahresüberschuss	88.404,20 €	119.960,90 €
B. Rückstellungen	34.349.019,03 €	26.933.338,13 €
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnl. Verpflichtungen	26.504.979,00 €	21.150.929,00 €
2. sonstige Rückstellungen	7.844.040,03 €	5.782.409,13 €
C. Verbindlichkeiten	5.256.135,49 €	2.727.020,30 €
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.444.861,00 €	133,78 €
2. Anzahlungen auf Bestellungen	1.656.682,95 €	233.660,10 €
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.836.233,09 €	1.945.091,10 €
4. Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsmitgliedern	318.348,78 €	56.026,51 €
5. sonstige Verbindlichkeiten	9,67 €	56.026,51 €
D. Rechnungsabgrenzungsposten	451.345,04 €	82.980,70 €
Summe Passiva	42.605.778,90 €	32.204.214,27 €

Erläuterungen zur Bilanz

Die immateriellen Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten angesetzt, vermindert um lineare, planmäßige Abschreibungen. Von dem im Rahmen des BilMoG eingeführten Wahlrecht, selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens zu aktivieren (§ 248 Absatz 2 Satz 1 HGB), wurde kein Gebrauch gemacht.

Das Sachanlagevermögen ist zu Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Die Anlagegegenstände werden linear unter Berücksichtigung der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben. Zugänge des beweglichen Sachanlagevermögens werden monatsgenau abgeschrieben.

Abnutzbare bewegliche geringwertige Anlagegüter mit Anschaffungskosten bis zu EUR 150,00 werden im Jahr des Zugangs direkt im betrieblichen Aufwand berücksichtigt. Abnutzbare bewegliche geringwertige Anlagegüter mit Anschaffungskosten über EUR 150,00 bis EUR 1.000,00 werden gemäß § 6 Abs. 2 a EStG in einen Sammelposten eingestellt und linear über einen Zeitraum von fünf Jahren abgeschrieben.

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2013

Die Vorräte werden unter Beachtung des Niederstwertprinzips zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten einschließlich Anschaffungsnebenkosten bewertet.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind zum Nennwert bilanziert.

Die Forderungen gegen Verbandsmitglieder betreffen insbesondere Forderungen gegen die Städte Neuss und Düsseldorf aus Erstattungsansprüchen für übernommene Pensions- und Beihilferückstellungen sowie aus dem Cash-Management (nur Stadt Neuss). Des Weiteren werden unter diesem Posten Forderungen gegen die Verbandsmitglieder aus Entwicklungsleistungen und Softwarebeschaffung sowie aus übrigen Lieferungen und Leistungen ausgewiesen. Die Forderungen gegen Verbandsmitglieder haben mit Ausnahme der Forderungen aus dem Cash-Management und der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen eine Restlaufzeit von über einem Jahr. Die verbleibenden Forderungen haben Restlaufzeiten von unter einem Jahr.

Ein Guthaben bei Kreditinstituten besteht bei der Deutschen Bank (TEUR 321), da dieses Konto nicht in das zentrale Cash-Management der Stadt Kaarst eingebunden ist. Das Konto der Hausbank der ITK Rheinland ist in das zentrale Cash-Management der Stadt Neuss eingebunden, so dass hier der Ausweis von Guthaben bei Kreditinstituten entfällt.

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten berücksichtigt im Wesentlichen geleistete Mietvorauszahlungen für zusätzliche Komponenten in den neuen Räumlichkeiten am Hammfelddamm 4 in Neuss, geleistete Vorauszahlungen für die Wartung von Hard- und Software in Folgejahren sowie die im Dezember 2013 gezahlten Beamten- und Pensionsbezüge für Januar 2014.

Das Eigenkapital hat sich im Wirtschaftsjahr 2013 wie folgt entwickelt:

	Anfangsbestand 01.01.2013 TEUR	Zugang TEUR	Abgang TEUR	Endbestand 31.12.2013 TEUR
Stammkapital	100,0	0,0	0,0	100,0
Allgemeine Rücklage	2.241,0	120,0	0,0	2.361,0
Bilanzgewinn	120,0	88,0	120,0	88,0

Das Stammkapital von EUR 100.000,00 entspricht § 12 Abs. 1 der Verbandssatzung und ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Die Allgemeine Rücklage beträgt zum 31.12.2013 EUR 2.360.875,14. Ihr wurde im Jahr 2013 der Gewinn 2012 in Höhe von 119.960,90 Euro zugeführt.

Der Jahresüberschuss zum Stand 31.12.2013 betrug EUR 88.404,20.

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2013

Die Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen und sind nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung bewertet. Zukünftige Preis- und Kostensteigerungen werden berücksichtigt, sofern ausreichend objektive Hinweise für deren Eintritt vorliegen. Die Rückstellungen haben sich im Wirtschaftsjahr 2013 wie folgt entwickelt:

	Stand 01.01.2013 TEUR	Inanspruch- nahme TEUR	Auflösung TEUR	Zuführung TEUR	Stand 31.12.2013 TEUR
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	21.151	408	648	6.410	26.505
Beihilfen Pensionäre	2.802	43	0	974	3.733
Erstattungsverpflichtung aus Beihilfen gegenüber der Landeshauptstadt Düsseldorf	151	0	106	36	45
Drohende Verluste aus schwebenden Geschäften	510	50	208	873	1.125
Urlaub und Überstunden	883	873	10	965	965
Ungewisse Verbindlichkeiten	0	0	0	517	517
Beamtenbesoldung	0	0	0	120	120
Mietnebenkosten und sonstige ausstehende Eingangsrechnungen	594	233	18	347	690
Altersteilzeit	388	121	0	12	279
Leistungsor. Entgelt	130	130	0	95	95
Archivierung	68	0	0	0	68
Jahresabschlusskosten	50	43	0	93	100
Beihilfen Beamte	50	12	38	35	35
Sonstige Rückstellungen	5.782	1.590	380	4.032	7.844
Summe	26.933	1.997	1.028	10.441	34.349

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen umfassen sämtliche Pensionsansprüche von Beamten und deren Hinterbliebenen. Die Bewertung erfolgt auf Grundlage der versicherungsmathematischen Berechnung des Personal- und Verwaltungsmanagements der Stadt Neuss und des Hauptamtes der Stadt Düsseldorf. Der Ermittlung des versicherungsmathematischen Teilwerts zum 31.12.2013 wurde gemäß § 22 Abs. 3 EigVO NRW i.V.m. § 36 GemHVO ein Zinssatz von 5 % p.a. zugrunde gelegt. Den bilanzierten Pensions- und Beihilferückstellungen stehen ausgewiesene Erstattungsansprüche von 13.945.098 EUR (i. V. 9.170.617 EUR) gegenüber, die unter den Forderungen gegenüber Verbandsmitgliedern ausgewiesen werden.

In Bezug auf den frühesten Finanzierungsbeginn wurden die beamtenrechtlichen Regelungen berücksichtigt. Darüber hinaus wurden Dienstzeiten der Teilzeitbeschäftigten zu 100 % bei der Berechnung des Teilwertes berücksichtigt.

Die Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen wurden für vier bereits abgeschlossene Verträge gebildet. Die Rückstellungen berücksichtigen die ungewissen Verbindlichkeiten mit dem Betrag der voraussichtlichen Inanspruchnahme. Die Altersteilzeitrückstellungen wurden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Wirtschaftsjahre, der von der Deutschen Bundesbank zum Bilanzstichtag ermittelt wurde, abgezinst.

Die Verbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen passiviert.

Die zum Betrieb erforderlichen Finanzmittel hat die ITK Rheinland aus der laufenden Geschäftstätigkeit erwirtschaftet. Zur Finanzierung von Zusatzleistungen im NFW-Projekt wurde, bedingt durch eine spätere Einführung des SAP-Verfahrens bei den Städten Neuss und Meerbusch sowie dem Rhein-Kreis Neuss, ein Kassenkredit aufgenommen. Insgesamt war die ITK Rheinland stets in der Lage, ihren fälligen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsmitgliedern resultieren im Wesentlichen aus der laufenden Liefer- und Leistungsverrechnung.

Die Restlaufzeiten der bestehenden Verbindlichkeiten sind dem Verbindlichkeitspiegel zu entnehmen. Die Verbindlichkeiten sind insgesamt ungesichert.

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten berücksichtigt im Wesentlichen die anteiligen Einnahmen für Lizenzen (TEUR 130) sowie die anteilige Einnahmen für die Fileservice-Lösung NetApp der Landeshauptstadt Düsseldorf (TEUR 35).

Gewinn- und Verlustrechnung

	31.12.2013	31.12.2012
1. Umsatzerlöse	36.738.649,20 €	36.508.126,32 €
Erhöhung bzw. Verminderung des Bestands an		
2. unfertigen Leistungen	-285.093,53 €	483.994,60 €
3. sonstige betriebliche Erträge	6.139.360,77 €	1.788.020,60 €
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe	-367.988,77 €	-1.627.688,72 €
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-18.286.097,29 €	-16.753.131,49 €
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-10.126.188,05 €	-10.311.906,56 €
b) Sozialabgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-7.980.403,93 €	-4.686.153,07 €
Abschreibung auf immaterielle		
6. Vermögensgegenstände und Sachanlagevermögen	-2.174.389,91 €	1.745.892,65 €
7. sonstige betrieblichen Aufwendungen	2.432.366,07 €	-2.527.350,72 €
Erträge aus der Ausleihung des		
8. Finanzanlagevermögens	0,00 €	0,00 €
9. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7.008,65 €	16.436,82 €
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.144.086,87 €	-1.024.494,23 €
11. Jahresüberschuss	88.404,20 €	119.960,90 €
12. Bilanzgewinn aus dem Vorjahr	0,00 €	0,00 €
13. Ausschüttung an die Verbandsmitglieder	0,00 €	0,00 €
14. Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage	0,00 €	0,00 €
15. Zuführung zur Allgemeinen Rücklage	0,00 €	0,00 €
16. Entnahme aus der zweckgebundenen Rücklage	0,00 €	0,00 €
17. Auflösung der zweckgebundenen Rücklage	0,00 €	0,00 €
18. Bilanzgewinn	88.404,20 €	119.960,90 €

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse setzen sich im Wirtschaftsjahr und im Vorjahr wie folgt zusammen:

	TEUR	TEUR
Erlöse von Verbandsmitgliedern	27.573,0	25.444,0
Erlöse aus Weiterverrechnung Verband	7.154,0	9.001,0
Erlöse von Dritten	1.856,0	1.869,0
Erlöse aus Weiterverrechnung Telekommunikation	137,0	171,0
Erlöse Weiterverrechnung Dritte	19,0	23,0
	<hr/>	<hr/>
	36.739,0	36.508,0

Nachdem im Jahr 2012 eine Einigung über die neuen Grundsätze der Preisbildung erreicht werden konnte, wurden erstmalig die Produkte der ITK Rheinland nach diesen neuen Grundsätzen für das Jahr 2013 kalkuliert. Die Preise für die einzelnen Leistungen ergeben sich aus der Preisliste 2013 und vertraglichen Vereinbarungen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge resultieren im Wesentlichen aus dem Erstattungsanspruch für Pensionen und Beihilfen (TEUR 5.050; i.V. TEUR 1.431), aus der Auflösung von Rückstellungen (TEUR 1.028; i.V. TEUR 348) sowie aus periodenfremden Beträgen (TEUR 52; i.V. TEUR 5).

Die Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe beinhalten Aufwendungen für die ITK Rheinland sowie für die Verbandsmitglieder. Die ITK Rheinland hat für Papier, Formulare, Toner, Softwarelizenzen bis EUR 150,00/ Stück, Softwareupdates, Hardwareergänzungen und Speichermedien insgesamt TEUR 237 (i.V. TEUR 245) aufgewendet. Auf den Anwenderverbund entfallen Aufwendungen für Lizenzen und sonstiges Material in Höhe von TEUR 131 (i.V. TEUR 1.383).

Auch die Aufwendungen für bezogene Leistungen sind hinsichtlich der Empfänger ITK Rheinland bzw. Verbandsmitglieder zu trennen.

Die ITK Rheinland hatte Aufwendungen für:

	2013	2012
	TEUR	TEUR
Produktionsleistungen des Competence Centers Rechenzentrum und innerhalb der IT-K R/R	3.716	3.442
Weiterverrechnungen	7.178	7.812
Leasing, Wartung, Instandhaltung Hardware	1.215	1.446
Wartung Software	3.367	1.855
Sonstige bezogene Leistungen für Produktion	2.790	2.190
Schulungsaufwand	20	8
	<hr/>	<hr/>
	18.286	16.753

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2013

Der Aufwand für Weiterverrechnungen insgesamt hat im Berichtszeitraum TEUR 7.309 (i. V TEUR 9.195) betragen.

Der Personalaufwand setzt sich wie folgt zusammen:

Besoldung und Vergütung	9.992	7.480
Aufwand aus Personalerstattungen		
an die Landeshauptstadt Düsseldorf	122	2.828
Sonstige Löhne und Gehälter	13	4
Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung	1.005	795
Beiträge zur Unfallversicherung	15	13
Aufwendungen für Altersversorgung	6.693	3.601
Aufwendungen für Unterstützung	267	277
	18.107	14.998

Der Personalaufwand umfasst zum einen die eigenen Mitarbeiter der ITK mit durchschnittlich 112 (i. V. 94) Beschäftigten und 93 (i. V. 69) Beamten. Darüber hinaus wurden unter „Aufwand aus Personalerstattungen an die Landeshauptstadt Düsseldorf“ die Aufwendungen für zwei in Altersteilzeit befindliche abgeordnete Angestellte der Stadt Düsseldorf ausgewiesen. Der Anstieg bei den Aufwendungen für Besoldung und Vergütung und das Absinken der Personalerstattungen resultiert aus der Versetzung eines Großteils des abgeordneten und gestellten Personals der Landeshauptstadt Düsseldorf zum 01.01.2013 zur ITK Rheinland.

Der Personalbestand hat sich im Wirtschaftsjahr 2013 wie folgt entwickelt:

	Anfangsbestand 01.01.2013	Zugänge	Abgänge	Endbestand 31.12.2013
Beamte	93	1	1	93
Beschäftigte	113	10	5	118
Versorgungsempfänger	8	0	0	8
Begünstigte eines Versorgungsempfängers	2	0	0	2
	216	11	6	221

Die deutliche Zunahme der Aufwendungen für Altersversorgung resultiert insbesondere aus der Übernahme von 23 Beamten der Landeshauptstadt Düsseldorf und einem weiteren Beamten zur ITK Rheinland, dieser Zunahme stehen jedoch auch erhöhte Erträge aus Erstattungsansprüchen unter den sonstigen betrieblichen Erträgen gegenüber.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind Aufwendungen für die laufenden Kosten zur Aufrechterhaltung des Betriebes enthalten. Hierunter fallen beispielsweise, Miete und Nebenkosten inklusive Energie, Kosten der Kommunikation, Fortbildungen, eingekaufte Verwaltungsdienstleistungen, Rechts- und Beratungskosten.

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2013

Die sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge werden durch das Cash-Management (TEUR 4; i. V. TEUR 16) sowie den Zinsanteil der Lizenzkosten (TEUR 3; i. V. TEUR 0) erzielt.

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen betreffen mit TEUR 1.144 (i. V. TEUR 1.024) im Wesentlichen den Zinsaufwand aus der Aufzinsung langfristiger Rückstellungen sowie die Zinsen des Kassenkredites (TEUR 0,5; i. V. TEUR 0).

Lage des Verbandes und Ausblick

Ertragslage

Im Jahr 2013 hat die ITK einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 88 erwirtschaftet. Die einzelnen Positionen können der nachfolgenden Darstellung entnommen werden (alle Beträge gerundet):

- Umsatzerlöse	36.739 TEUR
- Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen	-285 TEUR
- Sonstige betriebliche Erträge	6.139 TEUR
- Materialaufwand	
a) Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe	368 TEUR
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	18.286 TEUR
- Personalaufwand	
a) Löhne und Gehälter	10.126 TEUR
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	7.981 TEUR
- Abschreibungen	2.174 TEUR
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.433 TEUR
- Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7 TEUR
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.144 TEUR
- Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	88 TEUR

Vermögenslage

Die Vermögenslage hat sich im Bereich des Anlagevermögens (TEUR +1.359) aufgrund weiterer Investitionen für das neue Finanzwesen und im Bereich der Forderungen gegen Verbandsmitglieder (TEUR +9.118) deutlich verändert.

Die Anlagendeckung (Deckung des Anlagenvermögens durch das Eigenkapital) betrug 20,4 % (i. V. 22,1 %). Unter zusätzlicher Berücksichtigung der langfristigen Verbindlichkeiten betrug die Anlagendeckung 266,0 % (i. V. 121,2 %). Die Forderung, dass langfristig gebundenes Vermögen durch langfristiges Kapital finanziert werden soll, ist somit vollständig erfüllt.

Im Berichtsjahr wurden TEUR 3.534 (i. V. TEUR 6.480) in das Anlagevermögen investiert. Hierbei handelt es sich überwiegend um Softwarelizenzen und geleistete Anzahlungen im Rahmen der Einführung des neuen Finanzwesens. Die gesamten Investitionen wurden zu 61,5 % (i. V. 26,9 %) durch Abschreibungen gedeckt. Die Finanzierung erfolgte aus Kassenmitteln, lediglich zur Finanzierung von Zusatzleistungen im NFW-Projekt erfolgte die Aufnahme eines Kassenkredites.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2013 betrug die Eigenkapitalquote 6,0 % gegenüber 7,6 % im Vorjahr.

Zum Bilanzstichtag stehen kurzfristigen Forderungen einschließlich der liquiden Mittel (TEUR 12.140; i. V. TEUR 7.976) kurzfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten von TEUR 8.975 (i. V. TEUR 5.045) gegenüber. Die langfristigen Rückstellungen in Höhe von TEUR 30.630 (i. V. TEUR 24.559) haben zum Bilanzstichtag einen Anteil von 71,9 % (i. V. 76,3 %) an der Bilanzsumme.

Finanzlage

Der Zweckverband verfügt über eine ausreichende Liquidität, die jedoch auch der Refinanzierung der künftig fälligen Pensionsverpflichtungen dient. Anhand des Vermögens- und Finanzplans werden der Kapitalbedarf und die Fremdkapitalaufnahme abgestimmt.

Die Ermächtigung für die Aufnahme des Kassenkredites ergibt sich aus dem Beschluss der Verbandsversammlung zum Wirtschaftsplan 2013 vom 18.12.2012. Der Kredit wurde verwendet für die Finanzierung von Zusatzleistungen im Bereich NFW, die sich aus der Verschiebung des Einführungsbeginns der Software bei den Städten Neuss und Meerbusch sowie des Rhein-Kreis Neuss vom 01.01.2013 auf den 01.01.2014 ergaben. Die ITK Rheinland ist in das zentrale Cash-Management der Stadt Neuss eingebunden.

Ausblick, Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Im Sommer des Jahres 2013 hat eine Sonderveranstaltung der Zweckverbandsversammlung zum Thema Strategie stattgefunden. Die besonderen Herausforderungen der ITK durch die immer weiter zunehmende Diversifizierung wurden hier in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt.

Die zunehmende Komplexität der Anwendungen und die Vielfalt der ihnen zugrunde liegenden Betriebsformen erschweren die wirtschaftliche Bereitstellung von Verfahren. Um diesem Trend entgegenzuwirken, wurde der Verwaltungsrat damit beauftragt, die Ursachen für diese Entwicklung zu analysieren und Lösungen zu entwickeln. Zu Beginn des Jahres 2014 hat der Verwaltungsrat begonnen, sich mit diesen Fragen zu beschäftigen.

Ziel ist, dass die ITK weiterhin in der Lage ist, attraktive Produkte zu attraktiven Konditionen anzubieten und sie damit auch einem Konsolidierungsprozess der kommunalen IT Dienstleister gelassen entgegen sehen kann.

Anders als ursprünglich geplant konnte das neue Finanzwesen nur bei der Stadt Kaarst zum 01.01.2013 eingeführt werden. Die Städte Neuss und Meerbusch sowie der Rhein-Kreis Neuss haben den Start jeweils um ein Jahr verschoben, um die noch bestehenden Schwächen des Programms und bei der Migration der Daten durch den Hersteller beseitigen zu lassen. Aufgrund dieser Verzögerung wurden Verhandlungen mit der DZBW über die durch die Verzögerung entstandenen Schäden aufgenommen. Eine vergleichsweise Einigung wird voraussichtlich in Kürze erreicht.

Zum 01.01.2014 wurden nicht nur, wie schon ursprünglich geplant, für die Eigenbetriebe der Stadt Düsseldorf, sondern auch für die Städte Neuss und Meerbusch sowie den Rhein-Kreis Neuss der Produktivbetrieb aufgenommen.

Zum 01.01.2015 wird dann die Kernverwaltung der Landeshauptstadt Düsseldorf mit dem Produktivbetrieb von SAP beginnen. Es werden dann fünf von zehn Verbandsmitgliedern SAP als Finanzwesen nutzen.

Zum 01.01.2013 wurden 24 Beamtinnen und Beamte von der Landeshauptstadt Düsseldorf zur ITK gem. § 128 BRRG übergeleitet. Sechs Beamtinnen und Beamte haben gegen diese Vorgehensweise Klage vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf erhoben.

Die ersten vier Klagen wurden am 21.03.2014 vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf verhandelt. Die Urteile wurden am 07.04.2014 zugestellt. Die ITK war in den Verfahren unterlegen. Wegen der deutlichen Hinweise des Gerichts wurde in zwei Verfahren die Überleitungsverfügung zurückgenommen, so dass der Grund für die beiden noch nicht verhandelten Klagen entfallen ist.

Zu dem neuen Modell zur Ermittlung der Produktpreise, das der Verwaltungsrat am 13.06.2012 beschlossen hat, liegen inzwischen Erfahrungen vor. Diese zeigen eine Verwerfung in der Kostenverteilung sowie einen deutlich erhöhten Aufwand in der Handhabung. Neben der großen Anzahl unterschiedlicher Produkte (über 400) wird in diesem Modell auch die unterschiedliche Tiefe der Inanspruchnahme bemerkbar: Unterschiedliche Verfahren, die teilweise für ein und dieselbe Aufgabenstellung eingesetzt werden in Verbindung mit unterschiedlichen Versionen, Lizenz- und Abrechnungsmodellen, insbesondere auch Betriebsformen beeinträchtigen Qualität und Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung.

Auch hier setzt die Strategiediskussion des Verwaltungsrates an und will Wege zur Verbesserung erarbeiten. Die Evaluation des Preisbildungsmodells wurde in diesem Zusammenhang um ein Jahr verschoben. Das neue, zu entwickelnde Preisbildungsmodell soll die Strategie, die vom Verwaltungsrat erarbeitet wird, unterstützen und geeignete Anreize setzen.

Im Jahr 2013 sind keine wesentlichen Veränderungen des Umsatzsteuerrechts für die öffentliche Hand eingetreten. Seitens des Bundesfinanzministeriums ist wiederholt gegenüber den Vertretern der Kommunalen Spitzenverbände und der Innenministerkonferenz bekräftigt worden, dass das Schreiben des BMF vom 02.04.2012 an den Deutschen Städtetag zur vorläufigen optionalen Nichtanwendung der neueren BFH-Rechtsprechung zur Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand von der Finanzverwaltung als faktischer Nichtanwendungserlass verstanden und entsprechend gehandhabt wird. Die bisherige Verwaltungspraxis gilt damit vorerst auf unbestimmte Zeit fort.

Seitens der Bundesfinanzministeriums wurde darauf hingewiesen, dass beabsichtigt ist, im Falle der Veröffentlichung der Rechtsprechung gleichzeitig eine längere Übergangsregelung (bis mindestens einschließlich 2018) zur Behandlung der bisherigen Fälle zu schaffen. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass sich für die Vergangenheit keine Umsatzsteuererisiken ergeben und Zeit bleiben wird, sich auf eine eventuell abzeichnende Änderung der Umsatzbesteuerung einzustellen.

Trotz grundsätzlich positiver Konjunkturaussichten bleibt die wirtschaftliche Lage für die Kommunen kritisch. Da die ITK ausschließlich für Kommunen tätig ist, entsprechende Risiken bestehen.

Gegenüber dem Vorjahr haben sich keine wesentlichen Änderungen der Risikolage ergeben. Im Vergleich zu Unternehmen im privatwirtschaftlichen Bereich, ist die Risikolage ergeben. Im Vergleich zu Unternehmen in privatwirtschaftlichem Bereich, ist die Risikolage überschaubar und durch gemeinsame Anstrengungen mit den Mitgliedern zu meistern.

Für das Wirtschaftsjahr 2014 wird mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis und steigenden Umsatzerlösen von rund TEUR 37.486, davon etwa TEUR 34.725 TEUR an Umsatzerlösen mit Mitgliedern, gerechnet. Die Umsatzsteigerung resultiert im Wesentlichen aus der Einführung neuer Verfahren und einem partiellen Parallelbetrieb bestehender Verfahren. Grundlage für diese Prognose ist die satzungsgemäß Bekanntgabe der Produktpreise 2014 für die Mitglieder am 28.06.2013. Die Berechnung dieser Preise beruht auf dem Beschluss des Verwaltungsrates vom 13.06.2012.

Die Personalplanung sieht eine vollständige Substitution der zur Landeshauptstadt Düsseldorf zurückgekehrten Beamten vor.

Im Wesentlichen wird von einer positiven Entwicklung ausgegangen.

Schulverband Kaarst-Korschenbroich für die Martinusschule, Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Lernen

Basisdaten

Anschrift	Am Neumarkt 2 41564 Kaarst
Rechtsform	Schulverband als Zweckverband im Sinne des Schulverwaltungsgesetz
Gründungsjahr	1971
Satzung	in der Fassung vom 22. März 1996

Aufgabe und öffentliche Zwecksetzung des Verbandes

Der Schulverband ist Träger der Schule für Lernbehinderte (Sonderschule) für die Verbandsmitglieder.

Beteiligungsverhältnisse

Gemäß § 1 der Schulverbandssatzung bilden die Städte Kaarst und Korschenbroich nach § 11 Schulverwaltungsgesetz einen Schulverband.

	Beteiligungsquote	Beteiligungswert
Stadt Kaarst	59,79%	79.532,63 €
Stadt Korschenbroich	40,21%	53.487,33 €

Die Beteiligungsquote⁸ richtet sich nach den Mitgliederquotierungen nach § 7 der Satzung.

Beteiligungen des Verbandes

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Organe des Verbandes

- Vorstandsvorsteher
- Verbandsversammlung

⁸ Der ausgewiesene Bilanzwert stellt sich mit 20.90,75 Euro zum 31.12.2013 in der städtischen Bilanz auf der Grundlage des anteiligen Eigenkapitals dar.

Verbandsvorsteher

Bürgermeister Franz-Josef Moormann war im Berichtszeitraum Verbandsvorsteher.

Soweit für die Angelegenheiten des Schulverbandes nicht die Schulverbandsversammlung zuständig ist, werden sie durch den Verbandsvorsteher verwaltet. Er hat die Beschlüsse der Schulverbandsversammlung vorzubereiten und auszuführen.

Verbandsversammlung

Die Schulverbandsversammlung beschließt insbesondere gemäß § 8 der Verbandsatzung über folgende Angelegenheiten des Schulverbandes:

- a) die Ausübung der Rechte des Schulträgers nach § 21a SchVG,
- b) die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan,
- c) die Abnahme der Jahresrechnung und die Entlastung,
- d) den Erwerb und die Veräußerung von Vermögenswerten, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt,
- e) die Aufnahme von Darlehen und die Bestellung von Sicherheiten für andere sowie solche Rechtsgeschäfte, die den vorgenannten gleichkommen, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt,
- f) die Änderung der Satzung,
- g) die Auflösung des Schulverbandes.

Folgende ordentliche Mitglieder vertreten die Stadt Kaarst im Berichtsjahr in der Verbandsversammlung:

- Elisabeth Füßgen
- Heinrich Leßmann
- Hermann-Josef Sülzenfuß
- Angelika Zelleröhr
- Elke Beyer
- Robert Begerau
- Hanno Wilsch
- Rainer Milde
- Volker Schöneberg
- Brigitta Thönißen
- Dagmar Treger
- Margot Dubbel
- Marianne Michael-Fränzel
- Yine Zhang
- Anja Rüdiger

- Rolf-Peter Weyers
- Dr. Anke John
- Karl-Heinz Tives

Personalbestand

Im Berichtsjahr beschäftigte der Verband im Durchschnitt 4 Mitarbeiter. Das Personal ist mit dem Schulträgerwechsel an den Rhein-Kreis Neuss übergegangen.

2010	2011	2012
4	4	4

Finanzwirtschaftliche Bedeutung für den kommunalen Haushalt

Die Schulträgerschaft ist zum 01.08.2013 auf den Rhein-Kreis Neuss übergegangen. Der Schulverband wurde mit Wirkung zum 31.12.2013 aufgelöst. Von der Stadt Kaarst war im Berichtsjahr keine Umlage zu zahlen. Der Schulverband Kaarst-Korschenbroich übergibt dem Rhein-Kreis Neuss unentgeltlich die zum Betrieb der Martinusschule bestimmte gesamte Sachausstattung der Schule. Diese Sachausstattung geht in das Eigentum des Rhein-Kreises Neuss über und wird von diesem inventarisiert.

Bilanz

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2013

	31.12.2013	31.12.2012
	€	€
1. <u>Anlagevermögen</u>		
1. 1. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	267,69
1. 2. Sachanlagen		
1. 2. 1. Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche	0,00	0,00
1. 2. 2. Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche	0,00	2.781,18
1. 2. 2. 1. Kinder- und Jugendeinrichtungen	0,00	0,00
1. 2. 2. 2. Schulen		
1. 2. 2. 3. Wohnbauten		
1. 2. 2. 4. Sonstige Dienst-, Geschäfts- und		
1. 2. 3. Infrastrukturvermögen	0,00	0,00
1. 2. 4. Bauten auf fremdem Grund und Boden	0,00	0,00
1. 2. 5. Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	0,00	0,00
1. 2. 6. Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	0,00	0,00
1. 2. 7. Betriebs- und Geschäftsausstattung	0,00	57.739,80
1. 2. 8. Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	0,00	0,00
1. 3. Finanzanlagen		
1. 3. 1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00
1. 3. 2. Beteiligungen	0,00	0,00
1. 3. 3. Sondervermögen	0,00	0,00
1. 3. 4. Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00	0,00
1. 3. 5. Ausleihungen	0,00	0,00
	<hr/>	<hr/>
	0,00	60.788,67
2. <u>Umlaufvermögen</u>		
2. 1. Vorräte	0,00	0,00
2. 1. 1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren	0,00	0,00
2. 1. 2. Geleistete Anzahlungen		
2. 2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	0,00	0,00
2. 2. 1. Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen	0,00	146,00
2. 2. 1. 1. Gebühren	0,00	0,00
2. 2. 1. 2. Beiträge	0,00	0,00
2. 2. 1. 3. Steuern	0,00	0,00
2. 2. 1. 4. Forderungen aus Transferleistungen	19,29	0,00
2. 2. 1. 5. Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	0,00	0,00
2. 2. 2. Privatrechtliche Forderungen	0,00	0,00
2. 2. 3. Sonstige Vermögensgegenstände	0,00	437,50
2. 3. Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00
2. 4. Liquide Mittel	85.219,18	110.421,81
	<hr/>	<hr/>
	85.234,23	79.841,85
3. <u>Aktive Rechnungsabgrenzung</u>	0,00	0,00
Summe Aktiva	<hr/> <hr/>	<hr/> <hr/>
	85.234,23	171.793,98

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2013

Passivseite

	31.12.2013	31.12.2012
	€	€
1. <u>Eigenkapital</u>		
1. 1. Allgemeine Rücklage	112.443,72	112.443,72
1. 2. Sonderrücklagen	0,00	0,00
1. 3. Ausgleichsrücklage	44.656,98	20.576,24
1. 4. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-71.866,47	-24.080,74
	85.234,23	157.100,70
2. <u>Sonderposten</u>		
2. 1. für Zuwendungen	0,00	8.086,18
2. 2. für Beiträge	0,00	0,00
2. 3. für den Gebührenaussgleich	0,00	0,00
2. 4. Sonstige Sonderposten	0,00	0,00
	0,00	8.086,18
3. <u>Rückstellungen</u>		
3. 1. Pensionsrückstellungen	0,00	0,00
3. 2. Rückstellungen für Deponien und Altlasten	0,00	0,00
3. 3. Instandhaltungsrückstellungen	0,00	0,00
3. 4. Sonstige Rückstellungen nach § 36 Abs. 4 und 5	0,00	989,80
	0,00	989,80
4. <u>Verbindlichkeiten</u>		
4. 1. Anleihen	0,00	0,00
4. 2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	0,00	0,00
4. 2. 1. von verbundenen Unternehmen		
4. 2. 2. von Beteiligungen		
4. 2. 3. von Sondervermögen		
4. 2. 4. vom öffentlichen Bereich		
4. 2. 5. vom privaten Kreditmarkt		
4. 3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00
4. 4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	0,00	0,00
4. 5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0,00	0,00
4. 6. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	0,00	0,00
4. 7. Sonstige Verbindlichkeiten	0,00	17,30
	0,00	17,30
5. <u>Passive Rechnungsabgrenzung</u>	0,00	5.600,00
Summe Passiva	85.234,23	171.793,98

Erläuterungen zur vorläufigen Jahresabschlussbilanz

Aktivseite

Die immateriellen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens sind vollständig abgeschrieben.

Die Spielgeräte auf dem Außengelände der Schule wurden Ende 2005 angeschafft und sind an den Rhein-Kreis Neuss übertragen und abgeschrieben.

Die Entwicklung des Anlagevermögens ergibt sich aus dem Anlagenspiegel für das Haushaltsjahr 2013. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung ist aufgrund der Trägerschaftsübertragung auf den Rhein-Kreis Neuss (öffentlich-rechtliche Vereinbarung und Genehmigungsverfügung der Bezirksregierung Düsseldorf) übergegangen. Eine Abschreibung auf die Betriebs- und Geschäftsausstattung erfolgte über 17.113,20 € sowie auf immaterielle Vermögensgegenstände in Höhe von 210,32 €. Des Weiteren erfolgte die Ausbuchung der Sonderposten (Landeszuschuss OGATA) in Höhe von 6.742,40 €. Nach Abschreibung und Ausbuchung der Sonderposten erfolgte die Wertveränderung des Sachanlagevermögens durch Übertragung an den Rhein-Kreis Neuss. Die Wertveränderung des Sachanlagevermögens beläuft sich auf 46.639,03 Euro.

Öffentlich-rechtliche Forderungen aus Transferleistungen und Privatrechtliche Forderungen (19,29 Euro und -4,24 Euro) liegen zum Bilanzstichtag in Höhe von insgesamt 15,05 Euro im Cash-Management vor.

Als liquide Mittel wurde der Kassenbestand in Höhe von 85.219,18 Euro ausgewiesen.

Die Bildung von Aktiven Rechnungsabgrenzungsposten für die Gehaltszahlungen von Beamten ist nicht erforderlich, da die Mitarbeiterinnen des Schulverbandes nun beim Rhein-Kreis Neuss angestellt sind.

Passivseite

Die Allgemeine Rücklage beträgt 112.443,72 Euro.

Gemäß § 75 Absatz 3 GO NW errechnet sich die Ausgleichsrücklage in der Eröffnungsbilanz nach dem Durchschnitt der Rücklagen aus den drei Haushaltsjahren, die dem Eröffnungsbilanzstichtag vorangehen. Bei Rücklagen aus den Jahren 2006, 2007 und 2008 in Höhe von 34.966,96 Euro, 35.324,16 Euro und 66.655,43 Euro ergab sich für die Eröffnungsbilanz 2009 eine Ausgleichsrücklage in Höhe von 45.648,85 Euro. Die Ausgleichsrücklage beträgt zum Stichtag 31.12.2013 44.656,98 Euro.

Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 71.866,47 Euro resultiert aus der Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr 2013. Er wird aus der Ausgleichsrücklage und der Allgemeinen Rücklage gedeckt. Sonderposten liegen nicht vor.

Es sind keine Beamtinnen oder Beamte beim Schulverband beschäftigt, so dass keine Pensionsrückstellungen zu bilden sind. Sonstige Rückstellungen liegen nicht vor.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen bestehen zum Bilanzstichtag 31.12.2013 nicht. Sonstigen Verbindlichkeiten liegen ebenfalls nicht vor. Passive Rechnungsabgrenzungsposten liegen zum Stichtag 31.12.2013 nicht mehr vor.

Gewinn- und Verlustrechnung

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2013	Ergebnis 2012
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00 €	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-311.259,37 €	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00 €	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00 €	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00 €	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	437,50 €	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-843,80 €	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00 €	0,00
9	+ Bestandsveränderungen	0,00 €	0,00
10	= ORDENTLICHE ERTRÄGE	-311.665,67 €	0,00
11	- Personalaufwendungen	52.815,58 €	0,00
12	- Versorgungsaufwendungen	5.000,00 €	0,00
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	184.617,72 €	0,00
14	- Bilanzielle Abschreibungen	17.323,52 €	0,00
15	- Transferaufwendungen	47,60 €	0,00
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	130.542,88 €	0,00
17	= ORDENTLICHE AUFWENDUNGEN	390.347,30 €	0,00
18	= ERGEBNIS DER LAUFENDEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	-78.681,63 €	0,00
19	+ Finanzerträge	72,76 €	0,00
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00 €	0,00
21	= FINANZERGEBNIS (Zeilen 19 und 20)	72,76 €	0,00
22	= ORDENTLICHES ERGEBNIS (Zeilen 18 und 21)	-78.608,87 €	0,00
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00 €	0,00
24	- Außerordentliche Aufwendungen	6.742,40 €	0,00
25	= AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS (Zeilen 23 u. 24)	0,00 €	0,00
26	= J A H R E S E R G E B N I S (Zeilen 22 und 25)	-71.866,47 €	0,00

Das Haushaltsjahr 2013 im Überblick:

In der Verbandsversammlung am 28.11.2012 wurde die Haushaltssatzung des Schulverbandes einstimmig beschlossen. Auf Anregung der Verbandsmitglieder wurden die Aufwands- und Ertragskonten, unter dem Vorbehalt des Schulträgerwechsels, im Rahmen der Budgetverantwortung auf 7/12 der veranschlagten Haushaltsmittel begrenzt. Unter Berücksichtigung der Werteveränderung des Sachanlagevermögens in Höhe von 46.639,03 Euro und einem rechnerischen Jahresfehlbetrag in Höhe von 25.227,44 Euro schließt der Schulverband Kaarst-Korschenbroich das Haushaltsjahr 2013 daher mit einem Jahresfehlbetrag von 71.866,47 Euro ab.

Wasser- und Bodenverband Nordkanal

Basisdaten

Anschrift	Am Neumarkt 2 41564 Kaarst
Rechtsform	Wasser – und Bodenverband im Sinne des Wasserverbandsgesetz vom 12. Februar 1991
Gründungsjahr	1961
Satzung	in der Fassung vom 11. Dezember 1995

Aufgabe und öffentliche Zwecksetzung des Verbandes

- Ausbau einschließlich naturnahem Rückbau und Unterhaltung von Gewässern
- Bau und Unterhaltung von Anlagen an und in Gewässern
- Schutz von Grundstücken vor Hochwasser

Beteiligungsverhältnisse

Die Beteiligungsverhältnisse⁹ richten sich nach dem Beitragsverhältnis (§ 31) und dem Verhältnis der Ausschussmitglieder (§ 10 Abs. 8).

Verbandsmitglied	Anzahl der Ausschussmitglieder	Beteiligungsquote
Stadt Kaarst	14	54%
Stadt Korschenbroich	6	23%
Stadt Neuss	4	15%
Stadt Willich	1	4%
Erftverband	1	4%

Beteiligungen des Verbandes

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

⁹ Der Wasser- und Bodenverband Nordkanal ist mit einem Beteiligungswert von 45.122,88 Euro zum 31.12.2012 in der städtischen Bilanz erfasst. Die Wertermittlung erfolgt anhand der anteiligen kameralen Rücklage.

Organe des Verbandes

- Vorstand
- Verbandssausschuss

Vorstand

Der Vorstand besteht aus 5 Personen und wird für eine Dauer von 5 Jahren gewählt. Der Vorstandsvorsitzende ist der Verbandsvorsteher.

Im Berichtsjahr war Bürgermeister Franz-Josef Moormann Verbandsvorsteher. Weiteres ordentliches Mitglied des Vorstandes war für die Stadt Kaarst Herr Volker Schöneberg, sowie Herr Technischer Beigeordneter Manfred Meuter als stellvertretendes Mitglied.

Verbandsauschuss

Nach § 10 Abs. 8 Verbandssatzung stellt die Stadt Kaarst 14 Ausschussmitglieder. Im Berichtszeitraum waren neben dem Verbandsvorsteher folgende Personen in den Verbandsauschuss berufen:

Thissen, Theodor
Kluth, Matthias
Rademacher, Franz-Josef
Treger, Dagmar
Pruss, Klauss-Dieter
Portmann, Gerd
Imiela, Ulf
Kallmann, Jürgen
Gaumitz, Christian
Boestfleisch, Walter
Karis, Josef
Weyers, Rolf-Peter
Opial, Jan (Bereich Tiefbau, Grünentwicklung und Baubetriebshof)

Personalbestand

Nach § 21 der Verbandssatzung hat der Verband einen Kassenverwalter und einen Techniker einzustellen.

Finanzwirtschaftliche Bedeutung für den kommunalen Haushalt

Im Jahr 2013 wurde eine Verbandsumlage in Höhe von 22.847,02 Euro von der Stadt Kaarst an den Wasser- und Bodenverband Nordkanal gezahlt.

Haushalt

Der Wasser- und Bodenverband Nordkanal ist ein Zweckverband nach dem Landeswassergesetz. Dementsprechend gilt die Landeshaushaltsordnung NRW für die Aufstellung eines Haushaltes, wonach keine Verpflichtung besteht einen doppelten Haushalt aufzustellen und eine Bilanz zu erstellen.

Verwaltungshaushalt

	2013	2012
Einnahmen		
Bezeichnung		
Umlage Erschwerer	29.634,17	29.594,42
Umlage seith. Einzugsgebiet	29.365,83	29.405,58
Zinsen und sonst. Einnahmen	163,53	381,28
Zuführung vom Vermögenshaushalt	0,00	0,00
Zuschuss zum Gutachten	0,00	62,47
	59.163,53	59.443,75
Ausgaben		
Entschädigungen etc.	15.215,16	16.304,17
Schreibarbeiten	1.455,00	1.551,96
Deponiekosten	0,00	0,00
Unterhaltungsmaßnahmen	27.775,79	22.057,32
Gutachten Wasserrahmenrichtlinie	0,00	0,00
Versicherungen	2.009,74	2.067,48
Vermischte Ausgaben	368,70	592,30
Pausch. Verwaltungskosten	201,96	214,02
Zuführung an d. Vermögenshaushalt	12.137,18	16.656,50
	59.163,53	59.443,75

Vermögenshaushalt

	2013	2012
Einnahmen		
Entnahme aus Rücklage	0,00	0,00
Zuführung aus Verwaltungshaushalt	12.137,18	16.656,50
	12.137,18	16.656,50
Ausgabe		
Zuführung zur Rücklage	12.137,18	16.656,50
Zuführung zum Verwaltungshaushalt	0,00	0,00
	12.137,18	16.656,50

Fortschreibung des Mittelbestandes

Kassenbestände	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010
Sparbuch (allg. Rücklage)	98.158,36	86.021,18	69.364,68	80.576,58
Festgeldkonto	0,00	1.091,34	1.091,34	1.091,34
Geschäftskonto	22.763,66	26.061,71	7.126,02	2.503,51
Zinsen	163,63	293,46	360,75	471,14
Zuführung in allg. Rücklage	-12.137,18	0,00	0,00	0,00
Entnahme aus allg. Rücklage	0,00	-16.656,50	11.211,90	6.724,02
	<u>108.948,47</u>	<u>96.811,19</u>	<u>89.154,69</u>	<u>91.366,59</u>